





Preussische Landesversammlung.

112. Sitzung, Mittwoch, 4. Februar, 12 Uhr.

Am Regierungssitz: Braun.

Der Reichentwurf über die Ermächtigung des Justizministers zu verübergreifenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Dienstaufsicht und Disziplinarverfügung aus Anlaß der Ausführung des Friedensvertrages wird ohne Aussprache in zwei Lesungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht sodann die dringende förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über die

Maßregelungen von Landarbeitern in Pommern.

Zur Begründung nimmt das Wort Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.): Es wäre besser, wenn wir uns hier mit dem Aufbau der Landwirtschaft beschäftigen könnten, statt mit der Sabotage der Grundbesitzer. Bei keiner Unternehmungsgruppe spielt das politische Moment eine so große Rolle wie hier. Die Landarbeiter sind zu jeder Zeit verhandlungsbereit. Trotzdem verlangt Herr v. D. v. H. von der Reichsregierung Beschränkung des Streikrechts der Landarbeiter und verdrängt ihre gewerkschaftliche Organisation als parteifremde Unternehmung. Das ist so ein Musterbeispiel für das Ehrgefühl der Herren, die sich soviel auf ihre gute Erziehung einbilden. Redner bringt eine ganze Reihe von Einzelfällen aus Pommern zur Sprache, wo Landarbeitern in Massen gekündigt wurde.

nur weil sie der Organisation angehörten.

Der junge Herr von Wangenheim unterzeichnete einen Brief an einen Vertrauensmann „Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung“. Ist das die gute Kinderstube? In Pommern sind nach den neuen Nachrichten 7000 Maßregelungen beobachtet worden. Familien, die sieben, zehn und mehr Jahre an einem Platz beschäftigt waren, werden rücksichtslos gekündigt, und dafür sucht man Nerven für die Arbeit zu gewinnen. Die Regierung muß gegen die Verletzung des Koalitionsrechts der Landarbeiter mit allen Mitteln einschreiten. Wenn die Grundbesitzer nicht willig sind, soll man ihnen ihre Güter im Interesse der Produktion wegnehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Landwirtschaftsminister Braun: Höherer Feinde versuchen den letzten Stützpunkt aus unserm Wirtschaftsleben herauszupressen. Unser Untergrund ist gewiß, wenn zu den äußeren Lasten auch noch innere Kämpfe kommen. (Beifall Zustimmung.) Heute mühten alle Kräfte ihrer sozialen Unterschiede zusammenzuwirken. Der grösste Feind, der uns droht, ist der Hunger. Wir können ihn nur bekämpfen, wenn wir unsern Heimatboden das Beste abringen. Willen von Landarbeitern und Landbesitzern müssen zu verständnisvoller Zusammenarbeit herangezogen werden. Das kann nur durch sachgemäße Behandlung geschehen. Jetzt haben die Landarbeiter freies Koalitionsrecht. Nach den Berichten aus Pommern besteht aber dort eine Bewegung, ihnen die Ausübung des Koalitionsrechts zu verweigern. Es werden Kündigungen vorgenommen, die das normale Maß weit überschreiten. Heute sollte man jede Arbeitskraft in der Landwirtschaft halten und neue heranziehen. Nach den Kündigungen hat man neue Arbeiter gesucht, auch ausländische, und vorwiegend sind nur Mitglieder des Landarbeiterverbandes

von den Kündigungen getroffen worden. Es handelt sich um ein planmäßiges Vorgehen des Pommerischen Landbundes, und dadurch ist eine unheilvollere Situation geschaffen worden, so daß es eine Pflicht des Reichswehrministers war, sofort einzugreifen. (Beifall links.) Was muß berücksichtigt, daß der Landarbeiterverband eine junge Organisation ist. Als vor 25 Jahren der Bund der Landwirte gegründet wurde, sprachen seine Führer ja auch davon, daß man die Zähne knochen lassen würde. Für parteifremde Tendenzen im Landarbeiterverband habe ich noch nicht den geringsten Beweis gehört. Gerade das Vorgehen des Landbundes in Pommern bietet aber den besten Nährboden für kommunistische Bestrebungen. In der Industrie ist es nicht gelungen, den Aufschwung der Gewerkschaften durch wirtschaftlichen Lertroz zu hemmen, und wo es gelungen ist, da sind die Kettentruppen der Kommunisten (Beifall bei der Mehrheit; Widerspruch rechts.)

Die Zeiten, wo die Regierung sich zum Vorkampfe für Bestrebungen zur Unterdrückung des Koalitionsrechts der Arbeiter mißbrauchen ließ, sind ein für allemal vorüber.

Die pommerischen Herren werden einsehen müssen, daß eine neue Zeit angebrochen ist. Auch hier muß der Grundsatz der Verfassung der Republik gelten: „Eigentum verpflichtet“. Es darf nur im Interesse der Gesamtheit demüht werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Auf Antrag v. d. Osten (Dnat.) wird die Besprechung beschlossen.

Abg. v. d. Osten (Dnat.): Wir sind mit dem Minister darin einverstanden, daß in Deutschland die gegenseitige Verpflichtung endlich aufhören muß. Hier handelt es sich aber um Rommber gegen Verbehung. In ganz Rommber sind überhaupt nur 2700 Kündigungen vorgekommen, also eine Kündigungs durchschnittlich für den Großbetrieb. Das Koalitionsrecht muß, nachdem es nun einmal eingeführt ist, von beiden Seiten geachtet werden. (Beifall rechts.) Der Rommberische Landbund ist eine interfraktionelle wirtschaftliche Organisation, der auch Demokraten angehören. Wir haben keine Veranlassung, ihn zu schüben oder anzufügen. Aber Rommbern wird nach bolschewistischem Muster verkehrt. Ein gewisser Schulze, der aber Cohn heißt (Heiterkeit), hat Rommbern nach bolschewistischem Muster bereist. In einer Versammlung sagte er: „Die Spießhähne wüssen an ihre Scheunentore genagelt und getrennt zu werden.“ In Pommern wurde gesagt von einem Inspektor: „Der Hund mühte in die Drechsmaschine geschmissen werden.“ Die Regierung mühte sich vor übereilten Schritten hüten und dahin wirken, daß nicht durch Arbeitsverlust eine ungeheure nationale Gefahr heraufbeschworen wird. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Hartwig (Soz.): Mit dem Landarbeiterverband haben die bolschewistischen Bestrebungen gar nichts zu tun. Die Arbeitgeber erklären allerdings schon heute für Spornakisten, die in Versammlungen die bescheidene Anfrage stellen, ob denn auch der Landarbeiter nicht etwas von der neuen Zeit zu spüren bekomme. Mühte doch erst einmal die Rechte mit der Selbstzerfleischung aufzuheben! Durch Massenkündigungen erzeugt man keine Arbeitslust. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Westermann (Dem.): Der landwirtschaftliche Betriebsleiter befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage. Die an sich nicht zu hohen Forderungen der Arbeiter belasten die Landwirtschaft doch zu sehr, und bei den unsicheren Verhältnissen kann man jetzt keine Tarifverträge abschließen. Dasselbe Recht wie die Streikenden müssen auch die Arbeitssuchenden haben. Aber in Pommern tragen die Arbeitnehmer nicht allein die Schuld. Früher konnte dort nicht einmal einer Rachtwächter werden, wenn er nicht konservativ war. Die alten Konservativen mühte die Deutschnationale Partei abschütteln. Auf beiden Seiten mühte nachgegeben werden, sonst können wir die Ernährung unseres Volkes nicht sicherstellen. Wir kommen in der Landwirtschaft mit dem Aktivistentag nicht aus, sondern müssen an den 2000 Stunden im Jahre unbedingt festhalten. Langfristige Tarifverträge werden in der Landwirtschaft nicht möglich sein. Gegen die Heber von beiden Seiten mühte die Regierung energisch vorgehen. Sollte es noch mal zur Revolution kommen, dann wird es denen, die jetzt wieder das große Wort führen, am 8. November aber mit schütternden Knien an den Göttern

händen (Lärm auf der Rechten). . . . Welche Herren, regen Sie sich doch nicht auf, ich habe ja die Deutschnationalen gar nicht genannt (Heiterkeit). . . . denen wird es dann schlechter gehen als bei der ersten Revolution. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Weichsel (U. Soz.): Gerade die führende deutschnationale Presse beschönigt die Taten der Agrarier, die zu den heutigen Zuständen geführt haben. Die kapitalistische Entwicklung der letzten 40 Jahre hat den Grundbesitzer „Eigentum verpflichtet“ gemacht; dieser Entwicklung hat sich der Agrarier nicht entziehen können, die patriarchalischen Verhältnisse sind heute unmöglich. Die Fürsorgepflicht ist aufgehoben, nur die Anwartschaft soll aufrecht erhalten werden. 2700 Kündigungen sind gerade genug. (Ehr richtig! links.) Die Drohungen der erregten Landarbeiter sind doch nicht so tragisch zu nehmen. Sie sind eben der Ausfluß der mangelhaftesten Schulbildung, an der die Rechte schuld ist. (Zustimmung links.)

Abg. Stenkel (D. Vp.): Wir mißbilligen es aufs allerentschiedenste, wenn in Pommern Landarbeitern nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation gekündigt worden ist. Wir sind Freunde der Tarifverträge. Die Landarbeiter haben nicht das Recht, bei Streiks Gewalt anzuwenden. Wir kommen nur weiter, wenn wir mehr arbeiten. Ich bedaure, daß in Deutschland ein so kurzer Arbeitsstag eingeführt worden ist. (Hört, hört! links.)

Die förmliche Anfrage desentrums über die Beschlagnahme von Vieh durch die belgischen Truppen in der Rheinprovinz wird begründet von dem

Abg. Schilling (D.): Seit vielen Monaten warten die Besitzer auf die Bezahlung der von den Belgiern requirierten Pferde. Ähnlich ist es in der amerikanischen Zone, wo viele Pferde infolge einer Säurebehandlung gegen die Hände zugrunde gegangen sind, die die Amerikaner angeordnet hatten. Die Regierung mühte mehr

für die besetzten Gebiete tun, sonst vermehrt sie die Zahl der Aktivisten. Wir beantragen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß bei der bevorstehenden Vieh- und Pferdeablieferung für die Entente nicht der im November vorigen Jahres festgesetzte Preis, sondern der zur Zeit des Ankaufs geltende Marktpreis zugrunde gelegt wird.

Ein Regierungsvertreter: Die Requisitionen der Besatzungstruppen werden auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1919 nach den Bestimmungen des Kriegsverfahrensgesetzes abgehandelt. Danach wird der Friedensbetrag mit einem Zuschlag bezahlt, wie es die Bekanntmachung des Reichsanzalters vom 6. Mai 1918 vorschreibt. Für die Herausgabe auf Grund des Friedensvertrages gilt die Verordnung vom 28. März 1919; nach ihr soll ein angemessener Preis unter Berücksichtigung der Bestehungslosigkeiten gezahlt werden, kommt keine Einigung zustande, so erfolgt die Preisfestsetzung durch eine Kommission. Für beschlagnahmtes Getreide wird nach dem Ertrag des Ministeriums vom 15. Mai 1919 lediglich der Marktpreis zurückgezahlt.

Das Haus beschließt Besprechung. Abg. Ling-Barmen (Dnat.): Die Reichsregierung mühte die Nichtpreise entsprechend dem Marktpreis erhöhen. Die von den Belgiern im besetzten Gebiet ausgeübten Grausamkeiten überschreiten jedes Maß. Es gibt geradezu

Ausfährungen satbischen Charakters, die auch nach der Restitutions nicht aufgehört haben.

Abg. Stemen (Dem.): Die holländische Landwirtschaft befindet sich in einer beispiellosen Notlage. Eine einzelne Berufsgruppe darf nicht zugunsten der Allgemeinheit mit ungewaschenen Händen beladen werden. Die Milchversorgung der Städte ist jetzt schon knapp. Die steigenden Ernährungskostpreisen machen die Arbeitslosigkeit der Landwirte nicht noch mehr zu schmerzen.

Abg. Müller-Rörs (Soz.): Die unteren Organe führen die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schaden der Allgemeinheit nicht durch. Die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten in Rörs wieder Deutschland nach der Fälscherfälschung gebietet (Unruhe bei den U. Soz.), sondern die Besatzungsbehörde in ihrem Unrecht bestärkt.

Kalle (D. Vp.): In solchen Fragen mühte in Deutschland Einmütigkeit herrschen, dann werden wir uns die Achtung der Gegner erzwingen.

Dann schließt die Aussprache. Der Zentrumsvortrag wird gegen die Unabhängigen angenommen. Es folgt die Beratung über den Beschluß der Staatsregierung über die Zuständigkeit des Ministeriums für Volkswirtschaft. Auf eine Anfrage des Abg. Weyl (U. Soz.) erklärt ein Regierungsvertreter, daß die fittenpolitischen Maßnahmen vorläufig dem Pflegeamt für die Prostituierten noch nicht überwiesen sind.

Der Antrag Hammer (Dnat.) und Genossen auf Entschädigung der Vierhundert für gefallene Tiere wird nach kurzer Debatte dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

Ein Antrag Dastloff (Dnat.) und Genossen über Steuererleichterungen für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche geht an den Haushaltsausschuß.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr. (Anträge, Berechnungen, keine Vorlagen.) Schluß 6¼ Uhr.

Wirtschaft.

Spekulationswut an der Börse.

Das Publikum spekuliert an der Börse in einem solchen Grade, daß die Waller bereits teilweise die Annahme von Aufträgen ablehnen müssen. Es ist allerhöchste Zeit, daß Börsenbörse und Regierung Maßnahmen ergreifen, um diesem mühten Treiben von Menschen, die sich mühtelos erworbene Spielgewinne verschaffen wollen, ein Ende zu bereiten. Es fehlt uns dringend eine Zwangsanleihe, die alle diese im Ueberfluß vorhandenen Gelder verschwinden läßt, damit die Notenkasse der Reichsbank abgestellt werden kann. Für Laufende von Säuglingen fehlt den armen Müttern das Geld, um den Liter Milch mit 2 M. bezahlen zu können, hier wüßten die Kapitalisten, ohne zu wissen, welchen nützlichen Gebrauch sie mit ihrem Ueberfluß machen sollen. Wahrlich, Zeichen der Demoralisation, Erschöpfung, die auch den sich stillschweigend verantwortlichen fühlenden Kapitalisten die Augen darüber öffnen sollten, daß ein solches System keinen Bestand mehr haben kann.

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schiffers.

„Herrn, mach' mir den Jung mit schlocht! Der Jung ist gut, ich will ihn nit besser han.“

„Aber Nicht und Ordnung muß sein!“

„Gewiß, aber kannst du bei einem jungen Pferd mit Zügel und Sporen viel ansrichten? Enä, sog' ich! Der Jung kommt schon früh genug zur Vernunft!“

„Wat du früh genug nennst, ist zu spät, Grades!“

„Wie du willst, Herrnd. Adhü!“

Grades nickte ihm zu und ging mit breiten Schritten an ihm vorbei nach dem Rhein zu.

Quaddelmedel wiegte den Kopf und suchte mit den Achseln und ging wieder in sein Lädchen. —

Jan und Lünnes hatten sich unterdessen nach der Damaststraße hinter aufgestapelte und mit Segeltuch überdeckte Zuckerfäßen geflüchtet. Lünnes hatte sich auf einen großen Laue gesetzt und die Seringe sich auf die Knie gelegt. Jan stand, die Hände in den Hosentaschen, gegen die Fäßen gelehnt und wartete, daß ihm Lünnes den einen Sering mitgab. Aber Lünnes mochte keine Miene dazu, sondern riß dem einen Sering den Kopf ab und versuchte, ihm die Haut abzuziehen.

Da griff Jan noch dem anderen Sering, aber Lünnes schrie, indem er ruck den zweiten Sering wieder in die Hosentasche steckte:

„Enä, Jan, ich hab' die Sering' gefücht, ich!“

„Und ich hab' dir gezeigt, wo sie zu fischen waren! Der eine ist mein! Der damit!“

„Enä, enä! Ich eil' die Sering' ganz allein!“

Und er hielt die Hand fest auf die Hosentasche, während er dem einen Sering ein Stück aus dem Rücken biß.

Jan packte die Hand und wollte sie fortziehen, aber Lünnes lugelte sich ruck herum und legte sich auf den Bauch.

Da ergriff Jan keine Beine und zog ihn hoch.

„Mamma! Mamma!“ schrie Lünnes und verzog sein Gesicht zu der Grimasse, die wir als Vorbereitung zu seinem Gebraüll schon kennen gelernt haben.

Jan ließ die Beine wieder los und blinzelte in Erwartung des Gebraülls mit den Augen.

Aber Lünnes drehte sich herum und setzte sich wieder auf die Laue.

„Lünnes!“ sagte darauf Jan zu ihm, „ich hab' ledere, süße Brühme!“

„Enä,“ entgegnete Lünnes lachend.

„O doch, die ganze Bupetack' voll!“

Damit holte er eine Handvoll getrockneter Pflaumen hervor und zeigte sie dem Lünnes.

„Gaul!“ rief Lünnes und verzog für einen Augenblick das Kauen. „Gaul wat keine Brühme! Gib mir ein paar, Jan!“

„Du sollst sie allemale han, wenn du mir die Sering' gibst.“

Lünnes, der mittlerweile dahintergekommen war, daß Solsheringe, ungewässert und ohne Essig, Del, Lorbeerblättern, ohne Rägeln und Zwiebeln gar nicht so schön schmecken, wie er sich das gedacht hatte, war mit dem Lärm einverstanden. Er legte auf Jan's Geheiß die Seringe auf die Erde und hielt die Hand auf. Jan gab ihm die Pflaumen und nahm dann die Seringe und biß hinein, verzog aber sogleich das Gesicht über den trüben Geschmack. Ja, lieber Jan, du wußtest damals noch nicht, daß die meisten Wünsche nicht mit ihrer beruhigenden Befriedigung, sondern mit einer zu neuen Wünschen reisenden Enttäuschung endigen. Seine Enttäuschung steigerte sich bis zum Schmerz, als er sah, wie Lünnes sich die Pflaumen so gut schmecken ließ, daß er gleich drei, vier in den Mund stopfte und vor Behagen schmatzte. Jan hätte die Pflaumen, deren Zahl zu seinem Schrecken sich ruck verminderte, für sein Leben gern wieder gehabt und dem Lünnes noch zehn solcher Seringe gegönnt. Darum sagte er schnell:

„Lünnes, halt! Hör' mal! Kannst du so ruck laufen wie ich?“

„Ja, noch viel rücker!“

„Enä, Lünnes, dat kannst du nit.“

„O doch! Ich kann so ruck laufen wie — wie —“

Lünnes fand einfach keinen Vergleich.

„Ich sag', Lünnes, du kannst nit so ruck laufen wie ich. Sollen wir wetten?“

„Ja,“ rief Lünnes und sprang auf, „ich wet' tausend-millionen Daler!“

\*) = Pflaumen.

### Die Ausbeutung durch den amerikanischen Geldruß.

Der Mitarbeiter des Berliner Tageblatts in Kopenhagen sendet seinem Blatt folgenden sensationellen Bericht:

Die Verhandlungen der englischen Valutakonferenz sind streng vertraulich. Ueber die Maßnahmen, die man zur Debung der europäischen Valutakrise zu treffen gedenkt, verlautet nichts. „Daily Express“ schreibt, daß der amerikanische Geldruß alle in Betracht kommenden Unternehmungen mit festem Griff umspannt habe, und daß die amerikanischen Banken deshalb ein Interesse daran hätten, die europäischen Kurse so weit wie möglich zu drücken, um auf diese Weise den Nutzen aus dem europäischen Geschäft nach Möglichkeit zu erhöhen. Die einzige Möglichkeit zur Debung der Kurse sieht der „Daily Express“ darin, daß alle Staaten den Amerikanern mitteilen sollten, sie würden ihre Schulden nach den letzten normalen Kurzen bezahlen, aber nicht nach den augenblicklichen hinaufmanipulierten Kurzen; dann hätten die Geldleute ein Interesse daran, die europäischen Valuten wieder in die Höhe zu bringen.

Andererseits ist für die Stimmung in Amerika eine Rede bezeichnend, die ein Vertreter Kaliforniens im Senat, Thelan, gehalten hat. Er sagte: Europa brauche keine weiteren Kredite von Amerika, es könne sehr wohl seine Schulden bezahlen, da es genug Geld im Strumpfe habe. Er wies darauf hin, daß Frankreich und England Petroleumquellen in Mesopotamien, Mexiko und Südamerika ausnützten und in diese Unternehmungen Gelder hineinsteckten, die sie eigentlich den Vereinigten Staaten schuldeten. Er sagte weiter: Diese Länder benutzen unsere Freigebigkeit, um uns Konkurrenz zu machen und sich in unseren Handel zu mischen; aber sie sollten ihre Rechnung bezahlen, bevor sie sich den Luxus erlauben, sich neue Kohleöfen anzuschaffen, die ein entscheidender Faktor in dem Konflikt werden müssen, der sicher um die wirtschaftliche Weltbeherrschung entstehen wird. Die Georist-Krisis prophezeit sogar schon in absehbarer Zeit einen bewaffneten Konflikt und weist auf Englands heftige Rüstungen zu Wasser und in der Luft hin. In dieser ungeliebten Situation ist es interessant, daß man sich auf seine selbigen Freunde besinnt, die jetzt in der Not helfen sollen.

### Preise für Auslandsgetreide.

In Rotterdam stellt sich bei dem jetzigen für uns so ungünstigen Kursstand des deutschen Geldes die Tonne Weizen auf 11500 M. ab Rotterdam, für Mais auf 7400 M. Der Auslandspreis für Weizen beträgt einschließlich einschließlich Prämien circa 800 M. Aus dieser Spanne ist ersichtlich, in welchem hohen Maße die Verführung besteht, Getreide der Bewirtschaftung zu entziehen und ins Ausland zu verschicken. Der Haferpreis, der sich im freien Handel gebildet hat, beträgt zurzeit 3000 M. für die Tonne. Ob die wirklichen Produktionskosten den vom Reich festgesetzten Weizenpreis von 800 M. übersteigen, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Von landwirtschaftlicher Seite sind die wirklichen Produktionskosten den Städtern nicht bekanntgegeben. Es zeigt sich, wie dringend notwendig die Aufrechterhaltung der öffentlichen Bewirtschaftung ist, die allein uns davor schützen kann, daß die Inlandspreise sich in Monopolspreise von unerhörlicher Höhe auszuweiten. Wie die Landwirte selbst sagen, ist noch von der vorigen Ernte in Pommeren und wahrscheinlich auch anderweitig viel unangedroschen. Man braucht somit nicht daran zu zweifeln, daß, wenn die Reichsgetreidestelle alles das erfährt, was vorhanden ist, wir wesentlich weiter reichen, als jetzt befürchtet wird. Es kommt nur auf die richtige Art und Weise und auf die aufgewendete Energie an.

### Preise für Auslandsgetreide.

Unsere preussischen Agrier wollen bekanntlich auch die Freigabe der Fleischwirtschaft, obwohl es klar zutage liegt, daß dann nur die begünstigten Kreise noch Fleisch zu haben bekommen und obwohl unter den Landwirten selbst die Stimmung keineswegs ungeklärt für diese Aufhebung ist, da sie einer Devisenkrise der Viehhaltung gleichkommt. In München ist jetzt zwischen allen beteiligten Berufsständen, einschließlich der Landwirtschaft, Uebereinstimmung dahin erzielt, daß der Aufhebung der Zwangsverwaltung gegenüber die allerhöchsten Bedenken entgegengebracht werden.

Neue Erhöhung der Messingpreise. Die vereinigten deutschen Messingwerke haben die Richtpreise für Messingbleche abermals um 850 M. auf 3350 M. und für Messingdrähte um 425 auf 2350 M. für den Doppelzentner erhöht.

Die Verteuerung der Arbeitspreise ist eine der schmerzlichsten Folgen des Weltzusammenbruchs. In Wien beträgt die Verteuerung des Zeitungspapiers bereits das Doppelte, der Druckfarbe das Doppelte des Verkaufspreises. Die zweimal täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ steht sich jetzt zu einem Abonnementspreis von monatlich 22 Kronen gezwungen.

Maßnahmen zum Wiederaufbau Polens. Die polnische Regierung beschäftigt angesichts der Kohlenkrise und der Lasten, die im Dombauwerk Kohlenbeden wenig gefördert wird, und auch, weil die Gubenunternehmer in vielen Fällen untätig sind, gegen diejenigen, die ihre Pflichten vernachlässigen, mit starken Mitteln einzusetzen, und zwar wird man diesen Unternehmern gegenüber mit Zwangsverwaltung und Geldstrafen bis 500 000 M. vorgehen. Die polnische Kommission zum Wiederaufbau des Landes hat beim Ministerium für Landwirtschaft eine besondere Staatsbehörde zur Bewirtschaftung der Braunkohle mit einem Kredit von 1 Milliarde gegründet. Auf einer Zusammenkunft in Warschau wurde ferner ein Zentralverband der polnischen Industrie, des Handels, der Finanzen und des Bergbaus gegründet und ein Verbandsrat gewählt.

## Groß-Berlin

### Zur Milchpreiserhöhung.

In der ärmeren Bevölkerung Berlins hat die unvorhergesehene Erhöhung des Milchpreises auf 2 Mark die größte Entrüstung hervorgerufen. Der Magistrat hat es unterlassen, vor Bekanntgabe des erhöhten Preises mitzuteilen, welche Maßnahmen er getroffen hat, um für die in der Milchmangelnden den weiteren Bezug der Milch zu sichern. Diese Unterlassung muß aufs Schärfste verurteilt werden.

So leicht es ist, den Preis hinaufzuziehen, so furchtbar schwer und unmöglich ist es für Tausende von Müttern, das Geld zu beschaffen, um für die Säuglinge und die Kinder bis zum 6. Jahre die ihnen zugewiesenen Milchmengen kaufen zu können. In Berlin sind jetzt 35 000 Säuglinge und circa 230 000 Kinder bis zum 6. Lebensjahr bezugsberechtigt. Die angelegerten Mengen belaufen sich auf täglich circa 210 000 Liter, von denen etwa 20 000 Liter dänischen Ursprungs sind. Angenommen, daß 100 000 minderbemittelte Milchempfänger vorhanden sind, so macht eine Preisveränderung durch Zuzufuhrleistung seitens der Stadt täglich eine ganz gewaltige Summe aus, für die unter den jetzigen trüben finanziellen Verhältnissen der Stadt sicherlich nur mit außerordentlichen Schwierigkeiten ein Auslass zu finden sein wird. Aber er muß gefunden werden. Leider ist es heute bereits so weit gediehen, daß die armen Mütter sich Geld

borgen, um die Milch zu kaufen, ihren Säuglinge herabwürdige Milch verabfolgen und den erkrankten Rest zum fünftfachen und höheren Preise an die Milchhabenden verkaufen, nur um auf diesem Umweg überhaupt zu Milch zu gelangen.

Wie wir hören, werden seitens des Magistrats Erwägungen darüber angestellt, auf welchem Wege den Milchmangelnden geholfen werden kann. Reichlich spät! Hoffen wir, daß uns recht bald die Mitteilungen zugehen werden, daß man Wege und Mittel gefunden hat, um das dringendste Bedürfnis, die Säuglinge am Leben zu erhalten, befriedigen zu können.

### Auch die Marmelade wird teurer.

Die Reichsgesellschaft für Obstkonerven und Marmelade m. b. H. veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ neue Höchstpreise für ungekockte Inlandsmarmelade. Der Preis für ein Pfund beträgt bei Abgabe an die Verbraucher 3,70 M. Die neue Regelung der Preise ist durch das starke Ansteigen der Zuckerpriese, vor allem der Preise des eingeführten Zuckers notwendig geworden.

Zu der Veröffentlichung der P. V. N., daß irgend eine Steigerung des Fabrikationsnuzens damit nicht verbunden ist, erlauben wir uns ein großes Fragezeichen zu machen.

### Die Wünsche der Ruhestandsbeamten.

Beamte im Ruhestand und Hinterbliebene von Beamten hatten gestern in Berlin im großen Saal des Reichsministeriums eine sehr zahlreich besetzte Versammlung, die dem Deutschen Zentralverband pensionierter Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten und Lehrer aus allen Teilen des Reiches einberufen war. Sie war gewacht als eine Kundgebung, die erneut die Aufmerksamkeit auf die Notlage der Pensionäre und Hinterbliebenen lenken sollte.

Das Referat des Verbandshauptmanns Gürlich gipfelte in dem Gedanken, daß der pensionierte Beamte einen Anspruch auf eine jederzeit ausreichende Versorgung bis an sein Lebensende hat. Im Hinblick auf die jetzige Lage würde von Pensionären und den Hinterbliebenen eine Zulage ohne besonderen Antrag und ohne Prüfung des Bedürfnisses gefordert werden. Der Redner richtete scharfe Vorwürfe gegen den preussischen Finanzminister Dr. Eberhard, der diesen Standpunkt nicht teilt.

In der Diskussion legten Abgeordnete verschiedener Parteien den Ruhestandsbeamten volle Unterstützung ihrer Wünsche zu. Der sozialdemokratische Abgeordnete Reumann erklärte, die Frage der Besserstellung der Ruhestandsbeamten sei keine Parteifrage, sondern eine Frage des ganzen Volkes, wie ja auch die Beamten die Diener des ganzen Volkes gewesen seien.

Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die hauptsächlich folgendes sagt: Infolge der Entwertung des Geldes können die Pensionen nicht einmal das bescheidenste Existenzminimum gewährleisten. Die Regierungen im Reich und in Preußen haben bisher keine durchgreifenden Maßnahmen zur Sicherung des furchtbaren Elends getroffen. Sie stellen sich auf den Innat durch Staatsratslehrer und in Gerichtsentscheidungen als irrtümlich bezeichneten Standpunkt, daß die Vermögensverhältnisse der Beamten oder ihrer Hinterbliebenen zum Staat durch die Festsetzung des Ruhegehalts oder des Witwen- und Waisengehalts nach den zu dieser Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen endgültig geregelt sind.

Die Entschließung richtet weiter an die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften im Reich und in Preußen folgende Anträge: In Verbindung mit der Gehaltsreform für aktive Beamte sind die Ruhegehälter und Hinterbliebenengebühren rückwirkend zu erhöhen. Die Ruhestandsbeamten erhalten von den Gehaltsrückstellungen ihrer letzten Dienststellung denselben Anteil wie von dem ihrer Pensionierung zugrunde gelegten Dienstlohn. Im unmittelbaren und auch im mittelbaren Staatsdienst. Die Unfallpensionen werden nach dem aus der Gehaltsreform sich ergebenden Ruhegehaltssatz neu festgesetzt. Der Ruhegehalt der Pensionäre wird in erheblichem Maße erhöht. Pensionäre und Hinterbliebene erhalten von den Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen unter denselben Voraussetzungen — also ohne Antrag und ohne Prüfung der Bedürftigkeit — und in derselben Höhe wie den aktiven Beamten zu gewähren. Pensionierte Gemeindebeamte erhalten dieselbe gesetzliche Rente wie Reichs- und Staatsbeamte. Für Besatz der Steuerpflichtigen ist Gehaltsrückzahlung zu gewährleisten. Gegen Anrechnung von Privatvermögen auf die Pensionen wird aufs Schärfste protestiert, weil es gegen die Verfassung verstößt, ein Ausnahmegericht gegen die Pensionäre darstellt und ihre Notlage verschärfen würde.

### Die Gnadenpensionen der alten Staatsarbeiter.

Im Reichsfinanzministerium fand am vergangenen Sonnabend eine Aussprache über die weitere Versorgung der alten pensionberechtigten Staatsarbeiter statt, in welcher vor allem zu der Ungleichheit der Verfügung des Reichsfinanzministers vom 2. November 1919 Stellung genommen wurde. Der Vertreter der Feldzeugmeister erklärte, daß seitens dieser Behörde keine weitere Versorgung der alten pensionberechtigten Staatsarbeiter aus Kapitel 42 des Budgets, soweit sie noch in Dienste der Reichswerke blieben, übernommen werden könnte. Es sei dies staatsrechtlich nicht möglich. Es wurde beschlossen, mit dem Finanzministerium noch einmal in Verbindung zu treten, um den ehemaligen Staatsarbeitern die erworbenen Rechte, wenn sie weiter in Dienste des Reiches blieben, wahren zu können. Allgemein war man sich für die Schaffung einer Pensionstufe für die Reichswerke einig. Der Bürgermeister von Spandau, Wg. Stöhl, wies mit, daß er vom Reichsfinanzministerium für die Spandauer Arbeiter eine einmalige Notstandsbeihilfe in Höhe von 300 M. erlangt habe. Herr Erberauer habe seine Zustimmung zur Auszahlung bereits Mitte Dezember gegeben, die Feldzeugmeister habe jedoch etatsrechtliche Bedenken erhoben. Da in der Sitzung der Kommission diese bürokratischen Bedenken der Behörde genügend erkennbar wurden, verstand sich die Feldzeugmeister endlich dazu, diese einmalige Notstandsbeihilfe baldigst zur Auszahlung zu bringen. Für diese Notstandsbeihilfe kommen aber nur solche Arbeiter in Frage, die nach Schließung der ehemaligen Reichswerke in der Vermögensverwaltung angeführt wurden und sonstige Bedürfnisse aus Staatsmitteln außer ihrer Pension oder Vorzuschüsse auf dieselbe nicht bezogen haben. Ferner ist damit zu rechnen, daß die sogenannten Gnadenpensionen wesentlich erhöht werden können.

Die Gebühren für die städtischen Friedhöfe, Friedhöfe und auch für die Feuerbestattungsanstalt in der Gerichtsstraße sind neu festgesetzt und treten am 1. d. Mts. in Kraft. Danach wird sich die Einäscherungsaabühr einschließlich Kandelaberbeleuchtung, Deckschiff und Urnenhalter auf 90 M. belaufen. Die Gebühren für einen Beisetzungsplatz werden in doppelter Höhe erhoben, sobald die verstorbene Person zur Zeit ihres Todes nicht im Beisetzungsplatz der Stadt Berlin ansässig gewesen ist. Bestellungen auf Ausgestaltung der Kapelle mit Blumen und auf instrumentale Mitwirkung nehmen das Friedhofsbureau (Herrnrat: Magistrat 175 und 215) sowie die Feuerbestattung (Herrnrat: Magistrat 247) entgegen.

Veranstaltung an der Volkshochschule. Um den Ideen die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Studien richtig anzulegen und auszubauen, hat die Volkshochschule Groß-Berlin eine wissenschaftliche Beratungsgesellschaft eingerichtet. Sie befindet sich im Institut für Meeressunde, Berlin NW. 7, Georgenstraße 84/86.

und ist von 6-7 Uhr abends geöffnet. Es wird nur mündliche Auskunft erteilt, und zwar am Montag über Kunst, am Dienstag über Mathematik, Physik und Chemie, am Mittwoch über Weltanschauungsfragen, Psychologie und am Freitag über Erdkunde, Naturwissenschaften, Geschichte, am Sonnabend über Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Sozialpolitik. Der Arbeitsplan der Volkshochschule wird unentgeltlich abgegeben und ist u. a. zu haben in der Fortbildungsbuchhandlung, Lindenstraße 2, im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelstraße 15 I (Zimmer 15) sowie der Bezirksorganisation Volkshochschule 7 I (Zimmer 15). Hörerlisten zu allen Kursen werden an den beiden letztgenannten Stellen abgegeben. Im Interesse der Arbeiterschaft liegt es, sich recht zahlreich an den populärwissenschaftlichen Kursen der Volkshochschule zu beteiligen.

Wie sie agieren! Die Kommunisten haben aus ihrem reichen Vorrat von Schlagwörtern die wirkungslosesten ausgewählt und keine Regel damit bebrochen, die sie an allen möglichen und unmöglichen Stellen ansetzen. Sie reizen das schon seit einer Reihe von Monaten, nur aber ist, daß sie jetzt aus zerrissener Geldschneise mit solchen Fäulnissen zumontieren. Ein Eisenbahnbeamter, der am Hofgartenstandort sitzt, übersendet uns ein paar witzige Zettel dieser Art. Sie wurden ihm, an einem gewissen Abend, von einem jungen Mann überreicht, der in freundschaftlicher Aussprache einen Ratsschön nach dem Ratshammer „Donnhoff“ verlangte. Der Besitzer dieses kommunistischer Agitation mißbrauchten Geldscheins wollte, als der Beamte ihm schon im Gesicht sah, den Gleichgültigen spielen. Aber sein verlogenes Benehmen zeigte, daß ihm die Bekämpfung der Zettel klar war. Es empfiehlt sich, Geldscheine mit solchen Agitationszetteln zurückzugeben.

Die Berliner Eisenbahnwerkstätten I und II sind am gestrigen Mittwoch wieder eröffnet worden. Eisenbahnpolizei hatte die Eingänge besetzt und ließ niemand ohne Legitimation passieren. In der Werkstätte II sind von den 4000 Arbeitern 2500 Mann zur Arbeit angetreten. 1200 Mann wurden nicht wieder eingestellt, darunter viele Mitglieder der alten Arbeitervereine und Funktionäre. Es sollen sofort Wahlen im Rahmen des Betriebsratgesetzes vorgenommen werden. Die entlassenen Arbeiter haben den Lohn für 14 Tage erhalten, rund 2 1/2 Millionen Mark.

Sabotage im Tegeler Forst. Nachdem erst vor kurzem unbekannt wurde, daß die Tegeler Forst, an der Befestigung, aus der Stromleitung der Tegeler Forst, Straßenbahn 150 Meter Sperrenzettel im Werte von 5500 M. herausgerissen und gestohlen hatten, unternahmen jetzt einleitend dieselben Täter in der Nacht zum 2. Februar an derselben Stelle einen ähnlichen Versuch, der aber mißglückte, weil die Stromleitung unter über 550 Volt Starkstrom gehalten wurde. Der Dieb, der mit Hilfe einer zurückgelassenen dreieckigen Leuchte, die den 6 Meter hohen Leitungsmast erleuchtete, muß bei den ersten Sägeschnitten durch den Strom verletzt und besonders an den Händen schwere Brandwunden davongetragen haben und ist dabei wahrscheinlich von der Leiter gestürzt. Geräte, die einen solchen Mann in Behandlung haben, werden um nähere Mitteilung an die Kriminalpolizei in Tegel gebeten.

Eine unterstützungswerte Bewegung hat die 40. Abteilung in Roabit ins Leben gerufen. An verschiedenen Tagen in der Woche verammelt sie die Kinder der Arbeiter, um ihnen unter der Leitung eines Genossen Gedichte und Märchen vorzulesen, kleine Theaterstücke aufzuführen zu lassen, Reigen einzulernen und dergleichen mehr. Der Zweck ist, die Kinder den Gefahren der Straße zu entziehen und sie im Spiel nützlich zu beschäftigen. Von Zeit zu Zeit werden Märchenwachen veranstaltet. Der nächste findet am kommenden Sonntag um 4 Uhr bei Schmidt, Wicelstr. 17, statt. Der Gewinn aus dem geringen Eintrittsgelde wird verwendet, um im Sommer Ausflüge zu machen, so kommt er Profit wiederum den Arbeiterkindern zu.

### Vermischte Lokalnachrichten.

Durch den Verlauf der Denkmünze zu Ehren der Gefallenen, der durch die Staatliche Beratungsgesellschaft für Kriegsgedenken, Abteilung Denkmünze, Berlin SW. 11, Prinz-Albrecht-Str. 8, veranlaßt wird, konnte den Behörden für die vom Verfall bedrohten Großstätten unserer Tapferen in Ostpreußen bereits die Summe von 100 000 M. nach kurzer Zeit des Bestehens des Hilfsvereins zugeführt werden. — Die Nachricht, daß der Magistrat beschlossen hat, das ehemalige Marktsaalgebäude auf 10 Jahre zu mieten, ist unzutreffend. Die Verwendung des Marktsaalgebäudes unterliegt noch der Prüfung. — Zu der Errichtung der beiden Sicherheitspolizeien wird mitgeteilt, daß das Berliner Polizeipräsidium auf die Ergreifung der beiden entkommenen Einbrecher eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt hat. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um drei gefährliche gewerkschaftliche Verbrecher.

Im Märkischen Museum werden von dem wissenschaftlichen Beamten Vorkurs gehalten werden, die besonders die Naturwissenschaften, die Vorgeschichte und die Kulturgeschichte betreffen. Die Vorträge, zu denen jedermann freier Zutritt hat, finden an jedem Donnerstag, abends 7 Uhr statt und beginnen am 12. Februar. Den ersten hält Dr. Gylbeimer über den geologischen Aufbau der Mark Brandenburg.

Schachspiel. Am 8. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in Neuenhagen, Donaustr. 103, eine Simultan- und Blindlingsvorstellung statt. Teilnahme und Eintritt für Jedermann frei.

Schneeberg. Wärmehäfen sind in den Volkshausbaracken in der Spandauer Straße am Wannseebahnhof Friedenau und am dem Marktplatz in der Eberstraße eingerichtet, die von früh 8 Uhr bis 8 Uhr abends geöffnet sind. Einige Tageszeitungen liegen aus.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Am Februar zwei Vöckchen Schokof H-Badung (52). Vollmilchsorten für März für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am 6. und 10. im 3. und 4. am 11. und 12. im 5. und 6. am 13. und 14. Februar. Den Hauptkategorien, denen Karten für nachfolgende Altersstufen ausgeben, erhalten sämtliche Milchsorten an einem Tage. Die Karten sind bis zum 15. Febr. den Kleinhandlern vorzulegen. Anhand von „A“- und „B“-Kartenarten und von Karten über 1/2 Liter, welche mit „A“ gekennzeichnet sind, nur in „A“- und „B“-Milchgeschäften annehmen. Anhand der übrigen Vollmilchsorten nur in „C“-Milchgeschäften. Nährmittelfreigelegte über 1/2 Liter, ab dem 1. Januar 1919 und später abgehorenen Kinder, über je 1 Pfund an die in der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 31. Dezember 1918 geborenen Kinder werden zusammen mit den März-Milchsorten vorausgeschickt.

Registrierung. Vom 5. d. M. 7: 125 Gramm Morgenbrant (76), 125 Gramm Kartoffelkartemehl (77), 100 Gramm Sago zu 26 Pf., oder 100 Gramm Kartoffelkartemehl (78), 125 Gramm Hülsenfrüchte (80).

Grünigsdorf. Schokofische für Februar Freitag und Sonnabend von 8 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### Achtung, Krankentassenangehörige!

Freitag, 4 Uhr, bei Rabbe, Neuenhagenstr. 1: Zusammenkunft der S. P. D. Bezirksvereinsleitung. Jede Krankentasse muß vertreten sein. Parteimitgliedschaft legitimiert.

33. Mt. Die Wähler zur Wählerauswahl für Sonntag in der Schönebergstr. 15 sind zu haben bei Dehlig, Sonnenmünder Str. 50, Freese, Sonnenmünder Str. 40, Gelpke, Sonnenmünder Str. 53, Schulz, Gelpkestr. 10. Gelpkestr. 10, Sonntagstag beim Gen. Dehlig 10.

Langloisistische Versammlung (S. P. D.). Ortsgruppe 7. Heute 7 1/2 Uhr im Saal der juristischen Sprechstunde, Ullrichstr. 3; Vortrag des Genossen Dauter: „Die stellen wir uns zum Taylor-System?“ Gäste willkommen.



**Theater, Lichtspiele etc.**

**Opernhaus.**  
Madame Butterfly.  
Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus.**  
Friedrich der Große.  
I. Teil: Der Kronprinz.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches Theater.**  
7 1/2 Uhr: Und Pappa tanzt.  
Fig. 7 1/2: D. Sendung Semais.  
Kammerspiele.

**7 1/2 U.: Frühlings Erwachen**  
Freitag, 7 Uhr, zum 1. Male  
Der Unmensch.

**Gr. Schauspielhaus**  
Karlsruhe.  
7 1/2 Uhr: Hamlet (I. A., Z. A.)  
Fig. 7 1/2: Hamlet (Z. A., Z. A.)

**Theater i. d. Königgrätzerstraße**  
7 1/2 U.: Schloß Wetterstein  
Freitag: Schloß Wetterstein  
Sonab: Schloß Wetterstein

**Komödienhaus**  
7 1/2 Uhr: Das Instanzenkind.  
Freitag: „Sie“.  
Sonab: Das Instanzenkind.  
Sonntag: „Sie“.

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: **Bummel-Studenten**

**Central-Theater**  
7 1/2 U.: **Fräulein Puck.**

**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **Der Freischütz**  
Die Tribüne

**7 1/2 U.: Franziska.**  
Eden-Theater

**7 1/2 U.: Helenens Ehemänner.**  
Friedr.-Wilhelms-Th.

**7 1/2 Uhr: S. Hobeit der Dieb.**  
Kleines Theater.

**7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.**  
Kl. Schauspielhaus.

**7 1/2 U.: Die unberührte Frau**  
Komische Oper

**7.20 U.: Dichterliebe.**  
Sg. 3/4: Schwarzwaldmädel.  
Lustspielhaus

**Arnold Rickert in:**  
7 1/2 U.: **Der Großstadt-Kavalier**  
Metropol-Theater.

**7 Uhr: Sybill**  
Sg. 3 Uhr: Charleys Tante  
mit Theatralischer  
Neues Operettenhaus.

**7 1/2 U.: Die kleine Hobeit.**  
Sg. 3/4: Die heusche Süssene.  
Schiller-Theat. Charl.

**7 1/2 U.: Die Tür ins Freie.**  
Thalia-Theater

**7 1/2 U.: Die närrische Liebe**  
mit Oskar Sabo z. G.  
und Perry Sikk z. G.  
Th. am Nollendorfsplatz

**3 1/2 Uhr: Tannhäuser.**  
7 1/2 Uhr:

**Der Held geteilt**  
Theater des Westens

**7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin**  
Sonab. 4: Max und Moritz.  
Sg. 3/4: Die lustige Witwe.  
Wallner-Theater

**7.15 Uhr: Eine Ballnacht.**  
Sg. 3/4: Gelaha m. Min Werber  
Walhalla-Theater.

**7 1/2 Uhr: Csárdásfürstin.**

**Residenz-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Evchen Humbrecht.**  
Sonab. 4: Max und Moritz.  
Sonntag 4: Der gute Ruf.

**Trianon-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Femina.**  
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:  
**Johannisfeuer.**

**Olympia-Theater**  
(früher Volgt, Badstr. 35)  
Täglich 7 1/2 Uhr abends:  
**Der Vampyr von London.**  
Detektivroman in 4 Akten.  
In Vorbereitung:  
Polnische Wirtschaft.

**Casino-Theater**  
Lohringstr. 37. Tägl. 7 1/2 U.  
Letzter Monat  
Selt November aufgeführt!  
**Schniepels Lene**  
Der Schläger aller Posen.  
Neue Februar-Spezialitäten.  
Sonntag 3 1/2: Die Wunderkur.

**Reichshall-Theater**  
Sehen Abend 7 1/2 und  
Sonnt. 9.30 U.:  
**Zettiner Säng.**  
Schmittsche  
ermäßigte Preise

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
7 1/2 U.: Götz von Berlichingen.  
Fig. 7 1/2: Predigt in Litauen.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky  
7 1/2 Uhr: **Pygmalion.**  
Freitag 7: Peer Gynt.  
Sonabend 7 1/2: Pygmalion.

**Deutsches Künstler-Theater**  
Allabendlich 7 1/2:  
**Die Marquise von Arles.**  
(Konstantin, Seryas, Strabmann-Witt, Veidt).

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Seine zweite Frau.**

**Schall u. Rauch**  
Im Großen Schauspielhaus  
Karlsruhe, Schillhauserramm.  
Gussy Holl  
Mady Christians  
Paul Gracia  
v. Twardowski  
Friedr. Holländer  
Orga Doerk  
Hubert von Meyerlnck  
Karikaturenfilm v. Walter Trler  
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 U.

**APOLLO**  
Theater  
Friedrichstraße 218  
Dir.: James Klein

**7 1/2 U.: Februar**  
Die weltberühmte  
**Fregolia**  
in ihren 160 Verwandlungen  
u. Illusionen.  
Gertrude Harrison  
aus London zurück

**6 Granatos**  
Selenarobaten  
Geschw. Blomfeld  
Lustakt

**6 Chung Hing**  
Chinesische Gaukler  
Eivira, Drahtseil  
Simon u. Artard  
Pierrots am Reck.

**Circus Busch**  
Heute sowie tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Neue Febr.-Spezialitäten**  
u. z.: **3 Urbans.**  
9 Uhr: „Aphrodite“.

**Admirals-Palast.**  
**Die lustige Puppe**  
7 1/2 Uhr.

**Admirals-Kino**  
**Die Puppe.**  
Rose Bernd.  
7 U. 3/4.

**Winter-Garten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Varieté-Spielplan**  
Rauchen gestattet!

**Theater am Kottbuser Tor**  
Tel.: Moritzplatz 14814.  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
**Sitte-Sänger.**  
9 ehem. Mitgl. der  
Steidter Sänger.  
Sonnt. nachm. 3 U.  
ermäß. Preis. (voll.  
Abend-Programm.  
Bildung - Konzert.  
Beginn 7.10 Uhr.  
Zum Schluß:  
**Die Heben Verwandten.**  
Vorverk. 11-11 1/2 U. 4-6 Uhr.

**THEATER AM MORITZPLATZ**  
Heute  
2 Uraufführungen  
Des  
**Brillantenschiff**  
Schauspiel in 6 Akten  
Hauptdarsteller:  
Carl de Volgt  
Ressel Ork  
Auerdem: Der  
verflixte Aberglaube  
Lustspiel in 2 Akten  
Regie: L. Bök  
Hauptdarsteller:  
Paldi Müller  
Walter Fromes  
Einlaß 6.30, 8.30

**Blumen-Kisten**  
2-3000 Met., grün gestrichen, verschiedene  
Größen zu kaufen gesucht. Preisangebote  
per Meter. Angebote unter F. 47 an die  
Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 3.

**Photo-Apparate**  
reichhaltige Auswahl in jeder Preislage,  
familiärer Photo-Bedarf  
Alle Arbeiten sauber, preiswert und schnell.  
Verkauf \* Ankauf  
**Prismengläser**  
zu Original-Fabrikpreisen  
**Rodenstock-Berlin**  
Friedrichstr. 59-60, Ecke Leipzigerstr.  
L. Pragerstr. 101-102, Ecke Friedrichstr.  
Rosenthalerstr. 45, Nähe Hackescher Markt,  
Jochimsdammstr. 44, Hof. Zoolog. Garten.

**Juwelier Siegel**  
Berlin NW  
Friedrichstraße 88

**Brillanten**  
von höchstem Feinsort  
**Perlen**

**Das Christusproblem gelöst!** Sehen wachend Vor 1000 Jahren  
Wer war Jesus Christus?  
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das  
genau mitteilt, was Jesus Christus war ein Bruder des Königs Herodes,  
einer Art Freimaurer-Verbindung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes  
in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria. Ein christlicher Priester verarbeitete  
bei der Entdeckung des Dokuments ein Verzeichnis, da sich die ganzen apostolischen  
Wundergeschichten mit einem ganz natürlich erklären. Die Verifikation gelang  
das aber nicht. Dieser historische Bericht ist im Deutschen übersetzt worden, mit  
einem Vorwort über Pontius Pilatus unterzeichnet von Prof. Schmidt. Kein  
Dokument wird das Werk unterschrieben aus der Hand liegen. Preis M. 2,50, sechs  
gebunden M. 4,50, Buchhandlung 50 Pf. extra. Buchhandlung gratis.  
Großes Bucherkaufhaus gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.

**Küchen-Möbel.**  
Tischlerei gesucht für laufende Be-  
schäftigung auf Küchen-Möbel (Stühle,  
Tische, Bänke). Preisangabe für roh  
und lackiert erbeten unter E. 47 an die  
Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 3.

Blendend weiße Zähne durch  
**Chlorodont**  
die wunderbar erfrischende  
Zahnpaste

**Elektrische  
Beleuchtungskörper**  
aus Metall u. Holz für alle Wohnräume  
in jeder Art  
**P. Radatz & Co.**  
Berlin W.  
Cappenbergstr. 112/113

**Nahrungsmittel-Produkte**  
Sich erkundigen kostet nichts, tut es ohne Zögern bei  
**Renault Freres, Havre**  
Telegr.: Renofor  
Eig- u. Ausfuhr sämtl. Nahrungsmittel-Artikel.  
Korrespondenz in allen Sprachen.

**Alte Gebisse!**  
Kein gewöhnl. Platinzahn unter 12.- Mk.  
**Platin zahle ich**  
den in diesen Zeitungen von der Konkurrenz angezeigten  
höchsten Preis — ohne Abzug! Besser verarbeitete Zähne,  
Kronenstifte nur nach Gewicht! 73/11  
Ankauf **Berlin Krausenstr. 56-58, Zimmer 1 (Hotel)**  
Täglich 10-6 Uhr. Vogler, Berlin.

**Kaufe**  
**Platin-**  
**Gold-**  
**Silber-**  
Baren : Münzen : Schmuck : Zahngold : Bruchgold  
Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903  
**Metallkontor**  
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138, Hallesch. Tor  
Geschäftszeit: 9-3 Uhr. Telefon: Mpl. 128 38.  
Telegramm-Adresse: Metallkontor Berlin SW 68.  
Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.

**Berliner  
Sitzmöbel-  
Industrie**  
G. m. b. H.  
Berlin C2, Neue Promenade 1  
Eckhaus am Bahnh. Börse.

**Klubsessel!**  
Eigene erstkl. Fabrikat.  
Lagerbesuch erbeten!

**30 Jahre lang**  
Ihre Kunden u. tausende  
Anerkennungen höchster Zu-  
friedenheit sind die besten Bezeug-  
nisse für meine ganz unübertroffene  
**Vilcolor-Haarfärb**  
sch. u. natürlich scheinend. In  
all. Apotheken erh. Fl. 5.-,  
8.-, 12.-, 20.- Otto Reichel,  
Berlin 43, Hiltelstraße 4.

Für Vermietungsmöbel  
sowie eine Anzahl **Pianos**  
zu hohen Einkaufspreisen  
**Paul & Co., Berlin**  
Hiltelstr. 107.

**PLATIN Zahngelisse**  
In jeder Form pro Zahn bis  
z. höchsten Tagespreise = 12 Mark =  
sowie  
**Gold- und Silberbruch**  
kauft  
**Pilz, Alte Schönhauser Str. 19 II.**  
Geschäftszeit 9 bis 8 Uhr.

**Pianos**  
erstklassige neue und gebrauchte.  
Flügel und Harmoniums.  
en gros — Export.  
**MAX BECKER**  
Lanohaus Osten, Andreasstr. 47

**Gehen Sie schlecht?**  
Haben Sie Ballenknollen,  
Schwielen unter den Füßen,  
Hohl-, Schwach-, Senk-, Plach-,  
Plattfüß, so trennen Sie nur mein  
**Fußkorsett „Globetrotter“**  
Preis pro Paar 32 M.  
Sie gehen sofort leicht  
u. schmerzlos. Ver-  
sand überallhin.  
Fülllänge an-  
gegeben.

**Fuß-  
hygieniker**  
**W. Ruge,**  
Berlin NO 43,  
Georgen-  
kirchstraße 27.  
(am  
Alexanderplatz)  
Besand ung  
Fuß- und Bein-  
leid-nder.

**PLATIN**  
weit über Tagespreis.  
**Gold, Silber** in Münzen  
in Baren  
**Brennspitzen, Platinkontakte,  
Zahngelisse, Quecksilber**  
kauft zu den höchsten Tagespreisen  
**Adolf Friedländer, Berlin,**  
Kommandantenstr. 29, 1 rechts.

**Trauringe**  
**Dukatengold 900**  
14 Kar. Gold 585 gestempelt  
8 Kar. Gold in all. Preislagen  
Verkauf direkt an Private!  
**Goldwaren-Fabrik**  
**W. Weinstock G. m. b. H.**  
Zentrale: Mohrenstr. 16 am U.-Bahnhof  
Friedrichstraße  
Alexanderstraße 14a. Kottbuser Damm 14.  
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 3, Tauentzienstr. 6,  
Schöneberg, Grusewaldstraße 15.  
Achtung! Geöffnet von 9-4. Kein Laden!

**Brillanten  
Berlin  
Ballhausstr.**  
Friedrichstr. 155, 3. Stg. - Ecke Unter den  
Eichen, gegenü. d. Hiltel-Geis. Bauz. 1080

**Brillanten  
kauft zu  
höhen Preisen**

**Warnung! Silbergeld!**  
Verkaufen Sie Ihr Silbergeld nicht,  
bevor Sie den richtigen Preis bei  
**H. Wiese, Artilleriestr. 30**  
erfahren haben, denn der Weg ist sehr  
langsam.  
**H. Wiese, Uhrmacher, Artilleriestr. 30.**  
Briefliche Anfragen unentgelt.

**1000 Mk. Belohnung!**  
**Gehtohlen:** Dienstag, 2. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr,  
Berlin, Diekmann, Ecke Neue Königstr.,  
ein Gepann (2 Pferde u. Kutschenwagen)  
1 brauner Wallach, 1,50 groß, mit Diefse, Mähne  
abgehoben, 1 Stute 1,65 groß, mit kleiner Diefse,  
Mähne auch abgehoben. Beide Pferde gut genährt.  
Wiederbringer erhält obige Belohnung.  
**Heinrich Kurt, Kohlenhändler, Charlottenburg,**  
Berthstr. 43. Berthplatz 5895. 73/15

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.  
Einzelne Platinstiftzähne von 12,25—100 Mark,  
doch nicht unter 12,25 M. pro Zahn,  
**Platin-Brennstifte, Kontakte usw.**  
bis 225 Mark pro Gramm.  
**Gold, Silber, Geräte, Schmuck-  
sachen und Juwelen kauft zu  
den höchsten Tagespreisen**  
täglich von 9 bis 8 Uhr abends  
**J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,**  
Vorderhaus links parterre.  
Sonabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

**Juwelen** Platin, Gold, Silber  
**kauft  
zu hohem Preis**

**Uhren**

**Goldwaren-Fabrik  
J. Weinstock G. m. b. H.**  
Berlin, Mohrenstr. 16  
am Untergrund-Bahnhof  
Friedrichstraße.

Frisch eingetroffen:  
Kakao  
Schokoladen  
Pralinen  
Engl. Drops  
Tee  
Hafermehl  
Reis  
Bettfedern  
Weiße Bohnen  
Bunte Bohnen  
Grüne Erbsen  
Gelbe Erbsen  
Linsen  
Bananenmehl  
Malzmehl  
Lithone  
Zigaretten

**F. P. A. Kaufmann,**  
Berlin S 14,  
Wallstraße 55/56.  
Engros. Detail.

**Gold  
Silber**  
in jeder Form und Menge  
kauft zu höchsten Tagespreisen

**Silberzentrale  
Gobstowstr. 13**  
u. Gutfenke 35, 11/12

Gebildete Herren, die im  
eigenen Rechte an  
8050

**Diskussionsabend**  
über militär. polit. u. wirtschaf-  
tliche Fragen teilnehmen wollen, wer-  
den um Angabe ihrer Adressen  
unter Bezgl. 130, Postamt 9,  
gebeten.

**Salt!!**  
Wollen Sie wirklich die höchsten  
Preise für  
**Metal-Abfälle,  
Kupfer, Messing, Blei, Zinn,  
Selt- und Weinfeldstein  
und sonstige Felle**  
erzielen, denn verkaufen Sie  
nur bei **Quabe,**  
Schmidstr. 36, Ecke Branden-  
burgerstr. (Keller).

**Rein. Gänseschmalz**  
reife Gänse 5 Stück. 9,50  
feinere Gänse 10 Stück. 16,50  
prima Butter 12,50  
Schmalz 20,-  
Tasche, Bellealliancestr. 83 n.  
Vollkornbrot, Bernhardtstr. 15c.

**Kupfer** per Kg. 15,- 20,-  
**Rotgüß** „ „ 25,- „  
**Messing** „ „ 10,- „  
**Blei** „ „ 6,50 „  
**Zinn** „ „ 5,- „  
**Relaxion** „ „ 30,- „

**Quecksilber** 100,- „

**Metalleintauf**  
Schulzenortler Str. 2.

**Platin! Zahngelisse**  
Zahn bis 75 M.:  
**Gold! Silber!**  
**Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber!**

Glühstrumpfasche! Sennapapier! Kupfer! Messing etc.  
Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft  
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

**Stellenangebote**

**Zusammenfeger**  
für Platin und Silber für  
dauernde Verbindungen ge-  
sucht **Julius & Winkemann,**  
Vilmorinstraße, Braun-Schwel-  
lerstr. 10.

**Karofflerie.**  
Schmelze, Feller u. Verfolger,  
Gefäßblechschmelze, Kupfer-  
macher, sämtlich mit der Auto-  
mobil-Karofflerie vertraut, wer-  
den sofort von dieser Firma in  
der hauptstädt. Schmelze ge-  
sucht. Die Barrierebewachung  
wird von der Firma befreit.  
Offerten unter T. 1051 L. an  
**Publicitas, Conjaan,**  
Schlegelstr. 10/11.

**Tüchtige  
perfekte Korsett- und Wäschenäherinnen**  
sucht per sofort 188 D  
**Korsettfabrik Neumann, Elisabethstr. 28/29.**

**Möbelfabrik**  
sucht stren in der Schiffszimmerarbeiten durchaus erfahrene  
**Zuschneider**  
per sofort oder später. Angebote mit Angabe der bisherigen  
Tätigkeit an Rudolf Hoffe, Blauer Str. 10, unter No. 5, 26.3.

**Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)**  
Aktien-Gesellschaft  
**Botenfrauen** ein in den Ge-  
schäftsstellen 146/151

Lindenstr. 3, 2. H. st., Lausitzer Platz 14/15, Peters-  
burger Platz 4, Ackerstr. 174, Immanuelkirchstr. 34,  
Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg,  
Senenheimer Str. 1, Kaiserdamm 102. — Lichten-  
berg, Boxhagener Str. 62. — Neukölln, Neckar-  
straße 2, Siegfriedstr. 28/29. — Wilmersdorf,  
Gasteiner Str. 12.

# Bethmann von Belgien verlangt.

## Englische Stimmen.

Haag, 4. Februar. (S. R.) Der Oberste Rat hat wie ein Pariser Drehscheibler befragt, beschloffen, die Bitte der von Deutschland auszuführenden Personen nicht zu veröffentlichen.

Eine Berliner Meldung erklärt, Bethmanns Auslieferung sei von Belgien beantragt worden. Der Gefangene wird für die Deportationen und die afrikanische Politik, die als ein Angriff auf die belgischen Hoheitsrechte betrachtet wird, verantwortlich gemacht.

Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ meint, die englische Regierung interessiere sich viel weniger für die Veröffentlichung der Auslieferungsliste als für die Frage, wie die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden sollten. Es werde vorgeschlagen, daß dies im besetzten Gebiet geschehen solle, was die größte Annäherung an ein neutrales Verfahren (!) bedeuten würde, die man sich denken könne. Es könne in dieser Hinsicht jedoch nichts entschieden werden, bevor die Beschuldigten verhaftet seien.

„Daily News“ schreiben, kein einigermaßen rechtlich denkender Mensch würde die Politik der Alliierten in der Auslieferungsfrage billigen. Das Ziel sollte sein, Deutschland davon zu überzeugen, daß man Gerechtigkeit und nicht Rache üben wolle, und dies könne nur dadurch erreicht werden, daß man die Beschuldigten vor einen neutralen Richter stelle.

## Vergebliche Mühe.

### Deutsche Vorstellungen gegen den Auslieferungswahnsinn.

Ueber die bisherigen Schritte der deutschen Regierung in der Auslieferungsfrage gibt W. L. B. einen längeren Bericht dem wir folgendes entnehmen:

Nachdem England, Frankreich und Italien in vergangenen Herbst die Mobilisation beschlossen hatten, entschied sich die deutsche Regierung, in ähnlicher Form darzutreten, daß sie zur Verwirklichung eines von den alliierten und assoziierten Mächten gestellten Auslieferungsverlangens außerstande sei und daß jeder Versuch dieser Mächte, auf der ungeschicklichen Auslieferung ihrer sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Rechte zu bestehen, zu den verhängnisvollsten Folgen führen müsse.

Ministerialdirektor von Simon hat in den ersten Tagen des November in Paris mit dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dufay, und im Einverständnis mit ihm auch mit den Pariser Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, England, Italien und Japan gesprochen. Er hat dabei denselben Standpunkt eingenommen, der in der Note vom 25. Januar dargelegt wird.

Die Besprechungen in Paris liefen zunächst einen gewissen Erfolg erhoffen,

da die alliierten Vertreter Verständnis für den Standpunkt der deutschen Regierung zu zeigen schienen und zum Teil sogar ausdrücklich eine Unterbrechung dieses Standpunktes beim Obersten Rat versprochen. Die Verhandlungen wurden indes durch die gerade in jenen Tagen erfolgte Ueberreichung der bekannten Note über das Schlußprotokoll unterbrochen, das Deutschland vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages unterzeichnen sollte. Als Ministerialdirektor von Simon zu den Verhandlungen über dieses Schlußprotokoll wieder nach Paris reiste und vor weiteren Besprechungen zunächst wieder die Auslieferungsfrage zur Sprache brachte, wurde ihm eröffnet, daß der Oberste Rat den Vorstellungen der deutschen Regierung die ernste Beachtung habe zuteil werden lassen, daß er sich aber, wenn auch mit Bedauern, dahin habe entscheiden müssen, auf eine Änderung der Friedensbedingungen, jedenfalls vor dem Inkrafttreten des Vertrages nicht einzugehen.

Die Reichsregierung hat dem Anfang Dezember von Gesez zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsbergangen eingebracht, das von den gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommen und den gegnerischen Regierungen alsbald zur Kenntnis gebracht worden ist. Sobald jedoch die durch die Ueberreichung des erwähnten Schlußprotokolls hervorgerufenen Kräfte beigelegt und der Friedensvertrag in Kraft getreten war, hat der damalige Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation in Paris die Verhände, eine Einigung zu erzielen, in eingehenden mündlichen Besprechungen mit den Vertretern sämtlicher gegnerischer Hauptmächte fortgesetzt.

## Erchiebungen Kriegsgefangener vor Gericht.

Die zweite Sprachsammlung der Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerverdringender Behandlung von Kriegsgefangenen in Deutschland hielt am gestrigen Mittwoch im Reichsmilitärgericht eine Sitzung ab. Zur Verhandlung standen drei Fälle: die Erchiebung des irischen Kriegsgefangenen Patrick Moran vom Gefangenenlager Limburg, die Erchiebung des französischen Kriegsgefangenen Le Poutre vom Gefangenenlager Minden und die Erchiebung des englischen Kriegsgefangenen Desbaurough auf dem Arbeitskommando Witten. Den Vorsitz im Gerichtshof führte Geheimrat Dove; Beisitzer waren Abgeordnete Stüden und Kriegsgerichtsrat Kreffing. Die französische Militärmission in Berlin hatte zwei Offiziere, die englische einen Offizier und einen Dolmetscher zu der Verhandlung entsandt.

Im ersten Falle handelte es sich um die Erchiebung des Iren Patrick Moran durch einen Wachposten im Gefangenenlager Limburg infolge tätlichen Angriffs des Gefangenen. Die englische Regierung hat wegen der Erchiebung Vorstellungen erhoben, da Moran angeblich wegen seiner Weigerung, der Irischen Legion beizutreten, erschossen sein sollte. Sie hat weiter der deutschen Regierung darauf Vorschlag gemacht, daß der Beschuldigte nicht auf dem Kriegsgefangenenfriedhof bei Limburg beigesetzt werden soll und nicht als Leiche an der Befreiung teilnehmen. In dem Ermittlungsverfahren gegen den Landsturmmann, der den Iren erschossen hat, ist folgender Tatbestand durch umfangreiche Zeugenerkenntnisse festgestellt worden: Der Kriegsgefangene Moran, der mit anderen Gefangenen in einem kleinen Raum auf einer Arbeitskommando sich befand, verlangte während noch spärlicheren geben zu dürfen. Dieses Verlangen wurde von dem Wachmann als gegen die Instruktion verstoßend abgelehnt. Darüber wütend, trat Moran die Füllung der Tür des Raumes ein, in dem die Kriegsgefangenen untergebracht waren. Als der Wachmann sich in den Raum begab, um R. zu beruhigen, warf dieser mit einem Gefäß nach ihm, ohne zu treffen und schlug dann sofort ein weiteres mit einem eisernen Gürtel auf den Landsturmmann ein, wodurch dieser am rechten, durch eine Kröpfverletzung gelähmten Arm eine erhebliche Wunde erlitt. Als der Ire abermals auf den Landsturmmann eindrang, machte dieser von der Waffe Gebrauch. Die Kugel traf den Kriegsgefangenen in den Hinterleib und führte seinen baldigen Tod herbei. Der Beschuldigte ist dann auf dem Friedhofe des Ortes, in dem er arbeitete, beigesetzt worden, die Gefangenen des Arbeitskommandos haben an der Beerdigung teilgenommen. Die Befreiung auf dem Kriegsgefangenenfriedhof bei Limburg ist deshalb nicht erfolgt, weil, wie die Ermittlungen ergeben haben, nach der Schilderung ein Brandstiftung der Leiche nach Limburg bei der sommerlichen Temperatur nicht möglich war. Die Kameraden des Moran aus dem Lager Limburg haben auf die Teilnahme an der Beerdigung verzichtet, nachdem ihnen eröffnet worden war, daß sie das Fahrgeld aus eigener Tasche bezahlen müßten.

In der dritten Verhandlung wurde nur der betreffende Landsturmmann vernommen, der den oben geschilderten Tatbestand unter Eid bekämpfte. Auf Verlangen erklärte er, daß er im

Lager niemals von einer Beleidigung der irischen Gefangenen zum Eintritt in die sogenannte Irische Legion etwas wahrgenommen habe.

Die Entscheidung der Kommission betrafte das Vorliegen einer Verletzung des Völkerrechts, da die Erchiebung des Moran in der Note sehr erfolgt sei. Die übrigen Beschuldigungen der englischen Regierung bezeichnete der Gerichtshof als unzutreffend des Völkerrechts liegend.

Im Falle des Franzosen Le Poutre hat die Kommission zu einem entgegengelegten Urteil. Dieser Kriegsgefangene ist am 28. November 1918 im Gefangenenlager Minden von einem Wachposten erschossen worden. Der Posten hatte damals drei Gefangene an dem Drahtzaun des Lagers bemerkt und ein Geräusch vernommen, das ihn in den Glauben versetzte, die Gefangenen verließen das Gitter zu durchschneiden. Er rief die Leute an, worauf zwei flüchteten, und schloß dann. Er traf den Franzosen Le Poutre, der etwa 18 Schritte vom Drahtgitter entfernt tot aufgefunden wurde. Nach dem Befund kann aber dieser Gefangene nicht einer der drei Gefangenen gewesen sein, die der Posten am Gitter bemerkt hatte. Le Poutre hatte, als er tot aufgefunden wurde, die Hände in den Hosentaschen, trug keinerlei Werkzeugzeug bei sich. Auch am Drahtzaun wurde an der betreffenden Stelle keinerlei Beschädigung festgestellt, so daß also der Gefangene schuldlos getötet worden ist.

Der Gerichtshof hielt bei dieser Sachlage eine Verletzung des Völkerrechts für vorliegend, da der Tod des Le Poutre, der in keiner Weise an der Handlung beteiligt gewesen war, die zu dem tödlichen Schlag Veranlassung gab auf eine gewisse Fahrlässigkeit des Wachpostens zurückzuführen sei.

Das Verdict gegen den Wachposten war fernerzeit wegen Mangels an Beweisen eingestellt worden.

Die dritte Sache, in der es sich um die Erchiebung des englischen Kriegsgefangenen Desbaurough handelt, verteil der Verhandlung, da noch ein weiterer Frage geladen werden muß.

## Soldatenbewegung in Belgien.

Nachdem die „S. B. R.“ bereits gemeldet haben, daß in Namur Soldatendemonstrationen auf offener Straße gegen die allzu lang empfundene Militärdienstzeit stattgefunden haben, scheint diese Bewegung im belgischen Heer schnell um sich zu greifen. Ähnliche Demonstrationen haben inzwischen sowohl in der flämischen Stadt Antwerpen wie auch in der wallonischen Stadt Mons stattgefunden. Ueberall wurden Schmährufe auf den belgischen Kriegsminister Maffon ausgestoßen. Die Polizei war nicht imstande, die Demonstrationen zu verhindern. Als Strafe wurden für die gesamte Garnison von Mons sämtliche Urlaube aufgehoben.

## Gegen Sabotage und Terror.

### Zuschrift des Ministers Deser.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Herr Salomon in Frankfurt a. M. veröffentlicht in Nr. 60 des „Vorwärts“ eine Zuschrift an mich, die sich mit einer Zeigerung von mir in der Landesversammlung vom 29. Januar d. J. beschäftigt. Darin verschiebt er meinen Standpunkt und den Sinn, den meine Äußerung haben konnte und sollte. Ich darf deshalb die Redaktion bitten, folgende Ausführung annehmen zu wollen:

Herr Salomon spricht mit Recht von der „täglich steigenden Not und den Entbehrungen, besonders in den ärmeren Schichten“. Soll dieser Not wirklich gesteuert werden, dann sind — wie jeder verständige Arbeiter zugeben wird — Sabotage und Terror gegen die Arbeitswilligen, wie sie in Ried geübt wurden, dazu keine geeigneten Mittel. Die Arbeiterschaft von Ried konnte eine Verhandlung mit der Verwaltung haben, wenn sie wollte, aber ihre Führer lehnten das ab. Die Anschläge über die freiwilligen Jugendländliche der Verwaltung wurden heruntergerissen, die Ermahnungen der Vorgesetzten unbeachtet gelassen, Sabotage und Terror trotzdem fortgesetzt, und zwar verheerend! Im Durchschnitt leistete Ried nur etwa ein Viertel dessen, was in anderen Werkstätten ohne Anstrengung fertig gebracht wurde, obgleich für Ried täglich 70000 M. für Löhne ausgegeben werden mußten. Unter diesen Umständen ließ sich die unveränderte Fortführung der Werkstatt in keiner Weise rechtfertigen. So gab Ried den Anstoß zu dem Vorgehen des Ministeriums in der Werkstättenfrage.

Mit jenen „Elementen“, die in Ried die Führung hatten, war nach dem Vorangegangenen eine Verständigung nicht mehr möglich, deshalb unterließ der Empfang. Mit dem „ruhigen Mittel“ und der „schwierigen Faust“ hat das gar nichts zu tun, das sind für mich als den Chef einer Arbeitsverwaltung Ehrensachen. Entscheidend war lediglich das mangelnde Verständnis für die schwere und in der Tat täglich steigende Not unseres Volkes. Hier muß der Staat den Trennungsschritt entschlossen gehen: Wer nicht beitragen will zur Milderung der Not seiner Volksgenossen, wer andere an der Erfüllung ihrer Pflicht gewalttätig zu verhindern sucht, mit dem kann eine Gemeinschaft nicht fortbestehen.

Das ist der klare Sinn meiner Äußerung. Es ist mir nicht im entferntesten eingefallen, hierunter Herrn Salomon oder etwa gar die sozialdemokratische Partei einbezogen zu wollen, ich dachte ausschließlich an die erwähnten Zustände in Ried. Wie ich aus zahlreichen Unterredungen weiß, teilt die Sozialdemokratische Partei im wesentlichen meine Auffassung von der absoluten Notwendigkeit, die schon vorhandene und vielleicht noch mehr drohende Vollnot durch planmäßige Arbeit, durch Schaffung neuer Verbrauchsgüter zu bekämpfen. Eine andere Möglichkeit zur Rettung gibt es nicht für unser Volk.

Ich bedauere, daß Herr Salomon aus einer irigen Auffassung heraus eine Äußerung auf sich bezog, bei der ich dem Zusammenhang nach weder an pflichttreue Arbeiter noch an ihn denken würde.

Deser.

## Ernährungswirtschaftliche Verhandlungen.

Die ernährungswirtschaftlichen Verhandlungen wurden am Mittwoch seitens des Reichswirtschaftsministeriums in einer Versammlung mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Körperschaften, des Deutschen Städtebundes sowie der großen Verbraucherverbände fortgesetzt. Die Versammlung beschäftigte sich, wie die „S. B. R.“ erfahren, mit der Organisation der Lebensmittelwirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr und mit der Festlegung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte, besonders für Getreide und Kartoffeln. Von beiden Seiten wurde die gemeinsame Aussprache als zweckmäßigster Weg für die gegenseitige Verständigung, auf die allerseits größter Wert gelegt wurde, begrüßt. Die meisten landwirtschaftlichen Vertreter erklärten sich grundsätzlich für baldige Freigabe aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Einige Körperschaften vertraten aber den Standpunkt, daß eine Organisation der Ernährungswirtschaft solange nötig sei, bis die Gelinde zu ihrer Einführung nicht mehr befänden. Insbesondere wurde dauernd hervorgehoben, daß für die süd- und westdeutsche Landwirtschaft eine völlige und sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft durchaus unerwünscht sei, da sie nicht nur die

Versorgung der städtischen Bevölkerung, sondern auch die landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetriebe selbst gefährden würde. Falls Mindestpreise eingeführt werden, wünschten die Landwirte deren Normierung auf Grund des Produktionsstandards. Seitens der städtischen Vertretung wurde dem Produktionsgedankpunkt voll Rechnung getragen, aber die Unmöglichkeit der Versorgung hervorgehoben, falls jede Bewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Die städtischen Vertreter wiesen ferner auf die Gefahr der freien Preissteigerung hin, die zu einer ganz unabhätbaren Steigerung der Löhne und in deren Folge auch der kommunalen und staatlichen Ausgaben führen müsse. Das alles aber würde wieder die Produktionskosten der Landwirte weiter steigern und werde zur Schraube ohne Ende werden. Gegen die Freigabe der Kartoffeln wurde von den städtischen Vertretern erhebliche Bedenken geltend gemacht.

Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

## Steuerausschuß der Nationalversammlung.

### Erzberger wieder im Amt.

Der Steuerausschuß der Nationalversammlung begann am Mittwoch mit der Beratung des Entwurfs des Landesteuergesetzes. An der Sitzung nahm zum erstenmal wieder nach dem Abtritt Reichsfinanzminister Erzberger teil. Er wurde vom Vorsitzenden besonders begrüßt.

Herr Dr. Becker-Dressen (D. Sp.) unterzog die einzelnen Paragraphen des Entwurfs einer eingehenden Kritik. Herr Hoffe (Dem.) wies in längerer Rede darauf hin, daß der Entwurf den Verschiedenheiten der einzelnen Länder und Gemeinden nicht Rechnung trage. Er hielt es für notwendig, daß den einzelnen Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht eingeräumt werde. Eine übermäßige Inanspruchnahme der Steuerzahler sei im Hinblick auf die Konkurrenz der übrigen Gemeinden und die Möglichkeit einer Uwanderung nicht zu befürchten. Bei dem vorliegenden Entwurf würden die Gemeinden die Leidtragenden sein. Redner stellte folgenden Antrag:

„Die Länder, sowie mit ihrer Genehmigung die Gemeinden und Gemeindeverbände, können Zuschläge zur Reichs Einkommensteuer für ihre Rechnung erheben. Die Zuschläge müssen in einem gleichen Prozentsatz für alle Steuerpflichtigen bestehen.“

Generell soll folgende Bestimmung eingefügt werden: „Für das Steuerjahr 1920 darf der Anteil der einzelnen Gemeinden (des Gemeindeverbandes) nicht niedriger festgesetzt werden, als dem Verhältnis entspricht, in dem am 1. Oktober 1910 die Gemeinde (der Gemeindeverband) einerseits und das Land andererseits die Einkommen zur Steuer herangezogen hatten.“

Finanzminister Erzberger bemerkte, daß das Reich erhebliche Sorgen der Gemeinden, z. B. die Familienunterstützung, übernehme. Andere Wege als die im Entwurf vorgeschlagenen gäbe es nicht. Der Entwurf habe die richtige Mittelstraße gefunden. Die Gesamtlasten der Sicherheitswehr sollten in Zukunft zu 50 Proz. vom Reiche getragen werden. Im übrigen handle es sich nur um ein Provisorium von drei Jahren, und man könne Erleichterungen einbringen. Der Minister wandte sich gegen den vom Abgeordneten Hoffe geäußerten Vorschlag.

Der bayerische Vertreter erklärte sich im Interesse der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Länder und Gemeinden gegen den Entwurf. Herr Bohlmann (Dem.) hielt den Entwurf mit der Reichsüberweisung nicht für veranbar. Der unabhätgige Herr Düwelle führte aus, daß die Gemeinden unabhätgig ein Zuschlagsrecht, insbesondere zur Reichs Einkommensteuer erhalten müßten. Der Preussische Vertreter erklärte die Verfassungsbedenken für unbedeutend und betonte, daß die bis an die äußerste Grenze gehenden Sätze der Reichs Einkommensteuer nicht durch Gemeindezuschläge erhöht werden dürften. Die Länder und Gemeinden müßten allerdings lebensfähig bleiben. — Hierauf wurde die Beratungen auf Donnerstag vertagt.

## Die Berliner Gewerkschaften beteiligen sich an den Betriebsrätewahlen.

Die Gewerkschaftskommission hielt am Mittwoch abend eine Versammlung ab, welche Stellung nahm zu der Frage, ob sich die Berliner Gewerkschaften an den Wahlen auf Grund des Betriebsrätengesetzes beteiligen wollen oder nicht.

Die Redner waren ohne Unterschied der politischen Parteilichung darin einig, daß das Betriebsrätengesetz den Forderungen der Arbeiter nicht gerecht wird, daß sich die Gewerkschaften aber trotzdem an den Wahlen beteiligen müssen, schon deshalb, um zu verhindern, daß gewerkschaftliche Organisationen die Betriebsräte besetzen und diese Einrichtung zum Nachteil der Klassenbewußten Arbeiterschaft ausnutzen. Aufgabe der freien Gewerkschaften sei es, beim Abschluß von Tarifverträgen Bestimmungen durchzusetzen, die hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten über das Betriebsrätengesetz hinausgehen.

Auch, der ebenfalls für die Wahlbeteiligung eintrat, beantwortete die Auffassung von Seiten der freien Gewerkschaften ohne Unterschied der politischen Parteilichung. Es sollen sozialistische Betriebsräte gewählt werden, die auf dem Boden des revolutionären Rätebegriffes stehen und sich nach Industriegruppen zusammenschließen.

Nach kurzer Aussprache wurde die Wahlbeteiligung einstimmig beschlossen. Das weitere wird später beschlossen werden.

Witten in der Diskussion beantragte Kaspar, den Berichterstatter des „Vorwärts“ auszuschließen, weil infolge des Verbots der „Freiheit“ die Leser dieses Blattes auch keine Beiträge bekommen. Der Vorsitzende Rörten wollte diesen Antrag bis nach Erledigung der Diskussion über die Betriebsrätewahlen zurückstellen. Dagegen protestierten einige Unabhängige durch großen Lärm. Schließlich wurde aber nach dem Vorschlag Rörstens verfahren.

Der Antrag Kaspar wurde von Schumacher und Kufch bestritten, jedoch mit der Einschränkung, daß die Berichterstatter des „Vorwärts“ von den Versammlungen der Gewerkschaftskommission so lange ausgeschlossen werde, bis das Verbot der „Freiheit“ aufgehoben ist. Durch diese Maßnahme solle der Regierung gezeigt werden, daß ihre Verbotshandlungen auch für nicht verbottene Blätter unerwünschte Folgen habe, und die Regierung solle dadurch veranlaßt werden, die Pressefreiheit wiederherzustellen.

Mit 118 gegen 24 Stimmen wurde der Antrag Kaspar angenommen in der Fassung, daß die eigene Vertreterstellung des „Vorwärts“ über die Versammlungen der Gewerkschaftskommission solange abgelehnt werde, bis die „Freiheit“ und die „Rote Fahne“ wieder erscheinen. Bis dahin soll der Ausschuss die Berichterstatter ausschließen.

Einstimmig wurde beschlossen, daß der Ausschuss gewerkschaftliche Protokollversammlungen gegen die Verbotshandlungen einberufen soll.

Auf Verlangen von Ziska (Metallarbeiter) wurde der Beschluß, den „Vorwärts“-Berichterstatter auszuschließen, sofort aufgehoben, obgleich die Versammlung noch weiter tagte und darüber verhandelte, ob die Ernährungsfrage auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden soll. Es ist eine naive Auffassung der Unabhängigen in der Gewerkschaftskommission, wenn sie glauben, durch ihren Beschluß die Regierung zur Aufhebung ihrer Maßnahmen zwingen zu können. Der Beschluß trifft ja nicht die Regierung, er schlägt auch nicht den „Vorwärts“, sondern nur die Gewerkschaften selbst, die nun durch die Presse überhaupt nichts mehr aus der Gewerkschaftskommission erfahren. Denn daß wir die unabhängig-öffentlichen Vertreter, die man uns zustellen will, aufnehmen, dazu kann uns doch niemand zwingen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Abschluß der zentralen Verhandlungen in der Holzindustrie.

Der „Vorwärts“ hat bereits berichtet, daß die Städtekonferenz des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes die beiden im Reichsarbeitsministerium geführten Schiedssprüche angenommen, der Arbeitgeber-Schupverband für das deutsche Holzgewerbe sie aber abgelehnt hat. Der Vorstand des Arbeitgeber-Schupverbandes hat in der Zuschrift an das Reichsarbeitsministerium, in der die gefassten Beschlüsse mitgeteilt wurden, gleichzeitig seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in weitere Verhandlungen ausgesprochen, und er ist deswegen auch sofort an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes herangetreten.

Diese Verhandlungen wurden auch bereits am Dienstag aufgenommen und am gleichen Tage im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt. Bezüglich des ersten Schiedsspruches gelang eine Verständigung ziemlich leicht. Es wurde vereinbart, daß über die Anpassung des Reichstaxifonds an das Betriebsratsgesetz feinerzeit verhandelt wird und daß gleichzeitig sonstige Wünsche auf Änderung des Vertrages zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden können.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über den zweiten Schiedsspruch, der die Lohnregelung betrifft. Hier waren die Bestimmungen über die Anrechnung früher gewährter Lohnzulagen auf die neue Teuerungszulage der Stein des Anstoßes. Auf der Konferenz des Holzarbeiter-Verbandes hat man lange geschwankt, ob nicht der Schiedsspruch dieser Bestimmungen wegen abgelehnt werden müsse. Nach ihrem Wortlaut besagen sie nämlich, daß in vielen Fällen die Anrechnung in so ausgedehnter Weise erfolgen kann, daß eine Teuerungszulage überhaupt nicht in Frage kommt. Der Schiedsspruch bestimmt für diesen Fall, daß die sonst leer ausgehenden Arbeiter dann wenigstens eine Mark pro Tag erhalten, eine „Zulage“, die Teuerungszulage nicht erst genannt wird. Unter diese Bestimmung würden hauptsächlich die Arbeiter in den Großstädten und in manchen kleineren Städten fallen, die es verstanden haben, ihren Forderungen drückend den nötigen Nachdruck zu geben.

In zahlreichen Städten konnten die Bestimmungen über die Anrechnung deshalb nicht in Betracht, weil die neu festgesetzten Durchschnitts- und Mindestlöhne so hoch und höher sind als die bisherigen Löhne zusätzlich der Teuerungszulage. Um die Kollegen in diesen Orten in den Genuss der Zulage zu bringen, und in der Erwägung, daß die Kollegen in den übrigen Städten Manns genug sein werden, sich einer Vertragsauslegung zu erwehren, die sie um die notwendige Teuerungszulage prellt, hat sich die Konferenz der Städtevertreter entschlossen, dem Schiedsspruch zuzustimmen.

Im Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse hatte auch der Arbeitgeber-Schupverband das Bestreben, in die Bestimmungen über die Anrechnungsfähigkeit früherer Zulagen Klarheit zu bringen. Hauptsächlich um diese Frage dreht sich die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen. Daneben waren die Unternehmer bemüht, das Inkrafttreten der Teuerungszulagen und der neuen Vertragslöhne vom 13. Januar weg auf einen späteren Termin zu verlegen. Die Verhandlungen waren aber wieder ergebnislos. Es war nicht möglich, eine Fassung zu finden, die beide Teile befriedigt. Als das Scheitern der Verhandlungen feststand, erklärten die Vertreter des Arbeitgeber-Schupverbandes zu Protokoll des Reichsarbeitsministeriums, daß sie den Schiedsspruch annehmen. Da namentlich eine übereinstimmende Erklärung beider Parteien vorliegt, ist das Lohnabkommen für das deutsche Holzgewerbe in Kraft getreten.

## An die S. P. D.-Mitglieder des Metallarbeiterverbandes.

Kollegen! In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am 1. Februar stattfand, wurde beschlossen, den Beitrag vom 15. Februar zu verdoppeln. Eine Abstimmung, wie sie der § 8 des Ortsstatuts fordert, wird nicht vorgenommen.

§ 8 des Ortsstatuts sagt:

„Bei außerordentlichen Verhandlungsangelegenheiten, wie Beitragserhöhung, Wahl der Delegierten zu Verbandstagen und Arbeiterkongressen muß eine Abstimmung unter den Mitgliedern stattfinden.“

Diese Bestimmung ist ganz unabweisbar. Da die Mitglieder der heutigen Ortsverwaltung, die früher einen Beschluß über Beitragserhöhung als ein Vertrauens- bzw. Mißtrauensvotum für die Ortsverwaltung ansahen, einer Abstimmung aus dem Wege gehen wollen, wurde der Generalversammlung am 1. Februar auch ein Entwurf über ein verändertes Ortsstatut vorgelegt, in welchem eine Bestimmung neu eingefügt ist, welche lautet:

„In den Obliegenheiten dieser Generalversammlung gebührt Beschlußfassung über zeitlich begrenzte Beitragserhöhung.“

Und nun wird erklärt, wir wollen ja nur vorübergehend den doppelten Beitrag, und da ist der Beschluß einer Generalversammlung ausreichend.

Durch dieses Vorgehen will man den Folgen eines eventuell unangenehmen Resultats der Abstimmung ausweichen, und meint, es könne nun niemand mehr der Ortsverwaltung den Vorwurf machen, das Statut verletzt zu haben. Obwohl das Mißbehaltungsrecht der Mitglieder in einem Punkt, der früher als äußerst wichtig galt, beseitigt, und zwar gerade auf Veranlassung derjenigen, die sich noch vor nicht langer Zeit nicht genug tun konnten mit ihrem Ruf: „Die Gesamtheit der Mitglieder hat zu bestimmen, nicht die Sengen, nicht die Inaugen!“ Aber es liegt keine Veranlassung für die Mitglieder vor, sich dieses Spiel ruhig gefallen zu lassen; deshalb hat der

Fraktionsvorstand beschlossen, zum Freitag, abends 6 1/2 Uhr, eine

## Protestversammlung

nach der „Neuen Welt“, Gasenstraße, einzuberufen. In dieser Versammlung soll Stellung genommen werden zu einem Protest an den Vorstand des Verbandes, um diesen zu veranlassen, gegen das statutenwidrige Verhalten der Verbandsinstanzen einzugreifen.

Es ist dringende Pflicht aller Mitglieder des Verbandes, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, in der Versammlung zu erscheinen. Auch andere Kollegen, die sich diesem Protest anschließen wollen, können durch Kollegen der S. P. D. eingeführt werden.

Der Fraktionsvorstand der S. P. D.-Mitglieder des Metallarbeiterverbandes.

## Die Forderungen der Post- und Telegraphenbediensteten.

In den gestrigen Verhandlungen des Zentralverbandes deutscher Post- und Telegraphenbediensteten wurde beschlossen, an den früher aufgestellten Forderungen: 1. 50 Prozent Lohnerhöhung, 2. 50 Prozent Teuerungszulage, 3. Höherprozentige Erhöhung der Kinderbezüge von 20 auf 45 M. monatlich, nachgeholt ab 1. Oktober 1919, festzuhalten.

Vom Minister Giesberts wurde ab 1. Dezember 25 Prozent Lohn- und Teuerungszulage zugesprochen und dieselbe Zulage ab 1. Januar.

Im Verlauf des Kongresses wurde auch über die Frage des Anschlusses des Zentralverbandes an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verhandelt, laut Antrag Hamburg vom August 1919. Auf Beschluß des Kongresses wurde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund aufgefordert, einen Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Daraufhin erschien ein Bevollmächtigter, der eine Erklärung dahin abgab, daß der Vorstand und der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Ansicht seien, daß der Zentralverband der deutschen Post- und Telegraphenbediensteten sich dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließen müsse, um so der Generalkommission der freien Gewerkschaften näherzukommen. Ueber diese Frage soll im Laufe des heutigen Tages geheim abgestimmt werden. Wie jedoch berichtet wird, soll die Stimmung im Kongreß gegen die Angleichung an den Transportarbeiter-Verband sein.

Wir würden einen Beschluß, wonach die Post- und Telegraphenbediensteten auch weiterhin ein Sonderdasein führen wollen, nur bedauern. Ihre Interessen können in einer großen Organisation, wie die des Transportarbeiterverbandes, viel nachhaltiger vertreten werden, als dies unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist.

## Die Rechtsanwaltsangeestellten.

Wie bereits in Nr. 68 des „Vorwärts“ berichtet wurde, haben die Rechtsanwältinnen die Forderungen ihrer Angestellten abgelehnt. Das ist eine glatte Herausforderung. Zu dem Verhalten der Anwälte werden die Angestellten in der am Freitag, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 17/18, stattfindenden öffentlichen Versammlung Stellung nehmen. Es ist Pflicht eines jeden Angestellten, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Kollege Franz Klüger hat das Referat übernommen. So wie bisher darf und kann es nicht weitergehen. Jetzt gilt es, sich energisch zur Wehr zu setzen. Die Angestellten der Rechtsanwältinnen dürfen nicht länger für Hungerlöhne arbeiten. Sie haben ebenso wie die übrigen Angestellten Anspruch auf eine angemessene Entlohnung. Werden doch noch jetzt an Gehältern von 180 bis 200 M., nicht etwa wöchentlich, sondern monatlich — gezahlt. Ein Schiedsspruch ist noch nicht gefaßt. Vorausichtlich geschieht dies aber noch im Laufe der Woche.

## Rechtsverbindlicher Tarifvertrag.

Der zwicklischen Zentralverband der Handlungsgesellschaften, Bezirk Groß-Berlin und dem Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin am 7. Mai 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen ist für das Gebiet des Zweigverbandes Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. August 1919. Sie erstreckt sich nicht auf die kaufmännischen Angestellten des Lebensmittel-Einzelhandels. Arbeitsverträge in Handlungszweigen, für die besondere Prämienverträge in Geltung sind, fallen nicht unter die allgemeine Verbindlichkeit.

S. P. D.-Vertrauensleute von Bergmann-Kolnathal. Heute 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Barth, Kronprinzengasse, Ecke Wilmersstraße.

Achtung, S. P. D.-Mitglieder! Alle Mitglieder, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, nehmen am Sonnabend, 8 Uhr im Lokal von Max Krause, Karl-Liebknecht-Platz 22, Stellung zu der am Sonntag stattfindenden Generalversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 6. Februar. Nachgruppe I (Funktionäre und Angestellten-Ausschüsse der Reichs- und Staatsbediensteten) nachmittags 1/2 Uhr Wilhelmshof, Radfahrer-Platz. — Nachgruppe 5 (Rechtsanwaltsangeestellte) öffentliche Versammlung (Etelungsnahme zur Ablehnung des Tarifvertrages) abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße 17/18. — Nachgruppe 8 (Export und Import) Sektionsversammlung (Bericht) abends 7 1/2 Uhr, Rasthof, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Nachgruppe 13 (Chemischer Großhandel und Industrie) Vertrauensmitting abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße 17/18. — Nachgruppe 14, Sektion e (Kaufleute) und Vertrauensmitting, Sektionsabend 7 1/2 Uhr, Rasthof, Kaiser-Wilhelm-Str. 31/32 (Bericht über geltende Lohnsätze, Referat von Ränge).

Achtung, Nachgruppe VII (Waren, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte). Die für heute abend angelegte Versammlung in den Rasthof-Sälen findet nicht statt.

## Parteinachrichten.

Was in der Partei vorgeht.

Die „Düsseldorfer Volkszeitung“, die sich die Unabhängigen rechtswidrig angeeignet hatten, ist durch einstweilige Verfügung des Gerichts wieder der alten Firma Albin Gerlich Buchdruckerei und Verlagsanstalt zugesprochen worden. Bis zur Eileidigung des schwebenden Prozesses wurde als Verwalter mit allen Rechten der Geschäftsführer B. Müller-Duisburg eingesetzt.

In der Remeler „Volksstimme“ stellt eine dazu gewählte Kommission einen Programmentwurf der Sozialdemokratie des Reichlandes zur Diskussion. Die Abtrennung des Reichlandes vom Deutschen Reich zwingt die Organisationen, entsprechend den neuen staatspolitischen Verhältnissen, sich umzustellen. Der Entwurf lehnt sich im großen und ganzen dem Entwurf von 1918 an.

Nachdem die S. P. D.-Mitglieder aus dem Leipziger Arbeiterrat ausgetreten sind, beschäftigte sich die letzte Stadtverordnetenversammlung in Leipzig mit einer Motion, wonach dem Arbeiterrat 8000 M. zur Abwicklung seiner Geschäfte bewilligt werden sollten. Die Ausschüsse hatten Ablehnung dieser Vorlage beschlossen und veranlaßten 20 000 M. Subvention für das erste Halbjahr 1920. Mit 87 Stimmen lehnte die Stadtverordnetenversammlung beide Anträge ab. Damit gilt der Leipziger Arbeiterrat für aufgelöst.

Nach einer Befragung hat die preussische Regierung bisher fünf Sozialdemokraten zu Staatskommissaren berufen, neun zu Polizeipräsidenten, zwanzig zu Landräten, fünf zu Oberpräsidenten, drei zu Regierungspräsidenten. Die preussische Schwelmerverwaltung hat sich einen Stab von zwölf sozialdemokratischen Mitarbeitern geschaffen.

Die Ortsvereine Glauhaus der S. P. D. und der U. S. P. D. haben für die Stadtverordnetenwahlen eine gemeinsame Liste aufgestellt. Nach einem Aufruf des Führers der unabhängigen Fraktion in einer öffentlichen Versammlung soll nach der Wahl wieder getrennt marschieren werden. — Die Parteigenossen in Jena haben an die Nationalversammlung den Antrag gestellt, die Lichtspielhäuser und die Apotheken zu kommunalisieren.

## Soziales.

### Wohnungsnot und Wohnungsbau.

Zu einer Ansprache über die gegenwärtige Notlage auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens und ihre Bekämpfung hatte der Deutsche Wohnungsausschuß die Freunde der Wohnungs- und Siedlungsreform zu einer Tagung nach dem großen Sitzungssaal des früheren Herrenhauses geladen. Der Einladung waren zahlreiche Mitglieder und Vertreter von dem Ausschusse angeführter Körperschaften aus dem ganzen Reich gefolgt. Von Behörden waren das Preussische Wohlfahrtsministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsamt des Innern, das Reichsjustizministerium und die bayerische Regierung vertreten. Der Vorsitzende, Staatsminister a. D. Freiherr von Stein, betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß unter den vielen Sorgen, die unsere Zeit bewegen, die Wohnungsfrage mit in erster Reihe stehe und daß es das wichtigste Zusammenwirken aller dazu Berufenen bedarf, um der Wohnungsnot Herr zu werden.

Den ersten Vortrag hielt Oberbaurat Thalenhorst-Bremen über „Bedarf und Deckung, Notlage und Abhilfe“. Er führte aus: Schon seit dem Jahre 1912 erleben wir langsam, aber stetig einen Anstieg auf dem Wohnungsmarkte zu. Der Krieg, der zunächst eine gewisse Entlastung schuf, brachte bald eine Steigerung der Notlage, die nach Beendigung des Krieges mit der Rückkehr der Soldaten zum vollen Höhepunkt erreicht. Zwei Wege vor allem gibt es zur Beseitigung der Wohnungsnot: Vermehrung der Wohngelegenheiten und stärkere Ausnutzung der vorhandenen Wohnräume. Der Baulastigkeit steht vor allem der außerordentlich große Mangel an Baustoffen hindern im Wege.

### Die Baustofffrage aber ist eine Kohlenfrage.

Ohne die Höchststeigerung der Einzelleistung im Bergbau und die Vermehrung der Zahl der Bergarbeiter und damit der Schichten ist die Baustofffrage nicht zu lösen. Trotz aller Schwierigkeiten wird es die Aufgabe der Gemeinden sein, der Förderung der Neubautätigkeit erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und für die Errichtung von Neubauten und die Herstellung von Raumwohnungen zu sorgen. Aber auch die Selbsthilfe des einzelnen muß viel mehr zur Geltung kommen. Die Gemeinden müssen durch Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmungen sich die Mittel zu verschaffen suchen, um ihre sozialen Aufgaben, besonders auf dem Gebiete des Wohnungswesens, zu lösen. Den gegenwärtigen Mangel an Wohnungen bemerkt der Redner auf etwa eine Million, ohne diese Zahl als unbedingt zuverlässig zu bezeichnen.

Als wirksamstes Mittel gegen eine Auswanderung bezeichnete der Vortragende die tatkräftige Förderung des Siedlungswesens. Infolge des herrschenden großen Mangels an Baustoffen und des Mangels an künstlichem Dünger fällt Oberbaurat Thalenhorst die Zeit für umfangreiche landwirtschaftliche Siedlung noch nicht für gekommen, wohl aber für die Schaffung von Heimstätten.

Der zweite Vortrag des Oberregierungsrats Dr. Rutschke behandelte die Frage der Aufbringung der Mittel für die Baustoffzuschüsse. Er empfahl die für die Baustoffzuschüsse erforderlichen Beträge durch Zuschüsse auf die billigen Mieten in den alten Häusern aufzubringen. Die Erträge dieser Wohnungsabgabe aber dürfen nicht für andere Zwecke verwendet werden, sondern lediglich zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Als Unterlage für die Abgabe soll der Mietwert resp. der Nutzungswert der Wohnung angesehen werden. Die Abgabe soll nach der Miethöhe gestaffelt werden. Einen Zuschlag von 15—20 Proz. der Miete sieht der Redner als die zunächst zulässige Grenze an.

In die Vorlage schloß sich eine sehr lebhafte und ausgedehnte Aussprache an.

Berichte, die den erhalteten. Teil: Walter Räder, Charlottenburg; für Anwalt Dr. Glade, Berlin; Berlin: Buchdruckerei G. m. b. H. Berlin, Druck: Württembergische Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Eisenstr. 2, 1. Stock, 1. Stock.

Deutscher oder nicht deutsch?  
Die Grenzmarken in Gefahr!  
Sich Deins

**Grenz-Spende**  
für die Volksabstimmungen  
auf Postkonto Berlin 75776  
oder auf Deine Bank!  
Deutscher Schupbund, Berlin NW52

# Betriebsräte, Behörden, Arbeitgeber

gebrauchen unbedingt den reichhaltigsten

**Kommentar**  
zum  
**Betriebsrätegesetz**  
bearbeitet von  
**Dr. Georg Flatow,**  
Hilfsreferent  
im Reichsarbeits-Ministerium

Der Verfasser hat an der Entstehung und den Verhandlungen des Gesetzes in allen seinen Stadien teilgenommen und vermag daher eine eingehende, sachgemäße Darstellung der Bestimmungen zu geben. Als Anhang sind die wichtigsten arbeitsrechtlichen Gesetze seit der Revolution beigelegt (die Wahlordnung, die aufrechterhaltenen Teile der Verordnung vom 23. 12. 1918 über Tarifverträge und Schlichtungsausschüsse, die Verordnungen über Einstellung und Entlassung von Kriegsteilnehmern und über Einstellung Schwerbeschäftigter, die Verordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter u. A. gestellt, die vorläufige Landarbeitsordnung u. a. m.) Unentgeltlich für jeden Arbeitgeber, Betriebsrat, Gewerkschaftsbeamten, für Schlichtungsausschüsse, Handelskammern, Rechtsauskunftsstellen, Staats- und Kommunalbehörden sowie für jedermann, der in Fragen des modernen Arbeitsrechts Auskunft zu erteilen hat.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (ZZ), Kiosken (Stilke) oder durch die Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3

Bestellschein

An die Verlagsbuchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Ich ersuche um Zusendung

durch \_\_\_\_\_

von \_\_\_\_\_ Flatow, Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Gebd. 8.— Mk., brosch. 5,50 Mk. und 20%.

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_